

Arbeiter-Zeitung

Freitag, 10. Dezember 1920
6. Jahrgang, Nummer 298 A

für Schlesien und Oberschlesien

.....
Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis monatlich 0,50 Mk., monatlich 2,25 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,25 Mk., unter Stempelband 3,50 Mk. Anzeigenpreis: Die 10 ersparten Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Verjammlungs-Anzeigen: 8 Pf., Reklametexte: Die 8 ersparten Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluss der Inseraten-Aufnahme in der Haupt-Expedition morgens 8 Uhr; in der Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens abends 6 Uhr.
.....

Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit den Beilagen: „Der Rote Stern“, „Der kommunistische Gewerkschaftler“, „Rote Solidarität“, „Die kommunistin“, „Der junge Kämpfer“, „Proletarisches Feuilleton“, „Wirtschaftl. Rundschau“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

.....
Hauptredaktion: Breslau 10, Teichberg-Str. 10, Telefon Oble 4718
Verlagsdruckerei: Breslau 54, Teichberg-Str. 10
Tel. Ring 857. Verantwortl. der Redaktion: Montag, Mittwoch, Freitag, Samstag v. 12-1, Sonntag, Donnerstag, Sonnabend abends v. 6-7 Uhr
Filial-Expeditionen: Bielitz, Wackerstr. 11, Tel. 403. Waldenburg, Gohlstr. 1, Tel. 133. Görlitz, Lützowstr. 1, Tel. 234. Liegnitz, Bismarckstr. 4. Weichselitz, 8 Uhr morgens bis 1 Uhr abends.
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft am Hauptverlagsort: Breslau
.....

23 Goldmillionen „Pension“!

Insgesamt 1857 Prinzen, Generale, Exminister usw. empfangen den jährlichen Goldsegen — Große Schlacht in Mittelchina

* Breslau, 9. Dezember.

Zwischen den Schwarz-weiß-roten und Schwarz-röt-gelben Angehörigen des Staatsapparates ist ein hässlicher Streit darüber entbrannt, wer an der Futterkrippe das Maul am eifrigsten bewegt. Sozialdemokraten und Deutschnationale werfen sich gegenseitig Zahlen an den Kopf, die einer Denkschrift des Reichsfinanzministeriums entstammen und einen großen Pensionsflandal aufdecken.

Diese antilige Denkschrift teilt nämlich mit, daß die sonst so arme, gegen Forderungen der Hungernden so unerbittliche Republik

Jahr für Jahr 23-Millionen Goldmark an 1857 hohe und höchste „Pensionäre“ zahlt!

Und wer sind die Glücklichen, über die sich dieser Millionen-segen jährlich (!) ergießt? Ehemalige Reichskanzler, Minister und Staatssekretäre, Ex-Generäle und sonstige hohe Militärs und — nicht zu vergessen — allerhöchste Fürstentümer, denen die Pension die Millionenabfindung „abrandet“. Sein säuberlich kalkifiziert nimmt sich die „Pensions“-Liste so aus:

104 Reichskanzler und Minister.
431 Generale und Admirale.
1322 hohe Militär- und Marineoffiziere.

noch toller wird die ganze Angelegenheit, wenn man sich die Namen auf dieser Liste der Glücklichen ansieht. Betrachten wir zunächst die eine Gruppe. Auf dieser Pensionsliste fehlt kein namhafter Monarchist, kein bekannter Reaktionär. Wir zitieren aus der Fülle folgende wohlverdiente Namen nebst Jahreshöhe der Pension:

Erzherzog Rupprecht von Bayern	16 983 Mk.
Prinz Leopold von Bayern	16 983 Mk.
Sirpiß, kaiserl. Staatssekretär a. D.	24 960 Mk.
Capelle, kaiserl. Staatssekretär a. D.	24 960 Mk.
Misaelis, kaiserl. Reichskanzler a. D.	27 660 Mk.
Graf Posadowski, kaiserl. Staatssekretär a. D.	25 000 Mk.
Bernhardi, kaiserl. General a. D.	18 000 Mk.
Bernburg, kaiserl. Staatssekretär a. D.	17 784 Mk.
v. Kluck, kaiserl. Marineflottenkommandant	16 983 Mk.
v. Armin, kaiserl. General a. D.	16 983 Mk.
v. Mohl, kaiserl. Meuter-General a. D.	17 000 Mk.
Herzog v. Traß, General a. D.	16 983 Mk.

Hinzukommen zu diesem kaiserlichen Teil der Liste: Prinz Gie-

Friedrich v. Preußen, Prinz Oskar v. Preußen, die Generale v. Mackensen, v. Ludendorff und viele andere. Aber die Denkschrift verrät noch mehr. Auf der Pensionsliste stehen auch die lauten Rufe für Deutschlands Reinigung vor Korruption, nämlich folgende:

Schwarz-weiß-rote Politiker:

Dr. Cuno, Reichskanzler a. D.	18 285 Mk.
Dr. Luther, Reichskanzler a. D.	23 115 Mk.
v. Schlieben, Finanzminister a. D.	31 500 Mk.
Wallraf, Reichstagspräsident a. D.	24 024 Mk.
Dr. Henninghaus, Wirtschaftsminister a. D.	20 904 Mk.
Röhl, Sechswochen-Minister a. D.	22 776 Mk.
Dr. Scholz, Minister a. D.	23 000 Mk.

Die Aufzählung des halben Tugend- und parteilicher Exminister wollen wir uns ersparen. Wenden wir uns stattdessen der Schwarz-röt-gelben Konfuzien zu. Der bekannte Wein-Herrens, Exminister des Zentrums, bezog das Stimmchen von 10 920 Mark, während sein demokratischer Kollege Koch 19 332 Mark jährlich einstrich. Pensionsempfänger ist auch der Zentrumsmann Giesberts.

Aber noch ist die interessante Liste nicht zu Ende. Sie enthält — man staune! — folgende wohlbekannt:

Sozialdemokraten:

Bauer, Barmark-Reichskanzler a. D.	12 160 Mk.
Schmidt, Minister a. D.	12 160 Mk.
Kadbrück, Minister a. D.	12 160 Mk.

Ein nobler Abschied, fürwahr! Von Ludendorff bis zu dem wieder in der SPD. gelandeten Bauer streifen die Herren Jahr für Jahr insgesamt 23 Goldmillionen ein!

Hinzu kommen bei den Exministern die Abfindungen, bei den Exministern größtenteils hohe Parlamentsdiäten!

Hungernder Arbeiter, Angestellter, Beamter, vorerledeter Erwerbsloser, verzweifelte Mutter — bedarf es noch eines Kommentars? Nein!

Große Schlacht in Mittelchina

Die Kantonnarmee löst vor

(Eig. Drahtl.) Berlin, 9. Dezember.

Nach chinesischen Meldungen sowohl über London, wie über Moskau, ist bei der Stadt Tunkuan in der mittelmittelchinesischen Provinz Schensi eine große Schlacht im Gange. Die Kantonntruppen drängen ihre Gegner zurück. Die Armeen des Enkelkaiserlings Wupeifu zieht sich nach der Provinz Honan, die weiter nördlich in der Richtung Peking liegt, zurück. Die Truppen des Reaktionsärs Tschangschou bewegen sich in Eilmärschen zum Süden, um den Vormarsch der Kantonntruppen aufzuhalten.

Ein Telegramm der SPD.

(Eig. Drahtl.) Berlin, 9. Dezember.

Anlässlich des siegreichen Vormarsches der Kantonntruppen und der Verlegung der Kantonn-Regierung nach Wuhan hat die Zentrale der SPD, an die Exekutiv der Kommunisten, an den Allchinesischen Gewerkschaftsbund, an den Bauernbund und an das Hauptquartier der revolutionären Truppen folgendes Telegramm gerichtet:

„Wir begrüßen Euch...“

Regierung nach Mittelchina. Wir hoffen, daß Bauern und Arbeiter Chinas bald vollständige Freiheit erlangen wie in Sowjetunion, daß Soldaten geschult werden wie in Roter Armee, daß revolutionäre Hochburg Kanton vor feindlichen Angriffen gesichert wird. Wir versprechen, mit allen Kräften imperialistische Interventionen und deutsche Mitwirkung zu verhindern und durch deutsche Arbeitermassen von deutscher Regierung Anerkennung Eurer Kwomint-Regierung als Zentralregierung Chinas zu verlangen.“

Vom Tage

In Kiel kam es während der letzten Stadtverordnetenversammlung zu einer großen Erwerbslosen demonstration. Polizei griff auf den Sozialdemokraten und den Straßen ein.

In Kowno beginnt ein Prozeß gegen 173 kommunisten wegen angeblicher Verschwörung. Aus diesem Anlaß kam es zu Straßenkämpfen.

Genosse Kollontai, die Geliebte des Sowjet-Union in Moskau, ist in Warschau eingetroffen.

In Tientsin wurde ein Prozeß gegen 173 kommunisten wegen angeblicher Verschwörung. Aus diesem Anlaß kam es zu Straßenkämpfen.

Zwei Urteile, eine Lehre

Von Erich Hausen-Breslau.

Ueber dem Portal eines republikanischen Amtsgerichts in Schlesien stehen zwei aus Stein gemeißelte Frauengestalten. Die eine symbolisiert die Gerechtigkeit und hält eine Waage in der Hand; die andere sieht in einen ovalen Handspiegel und stellt die Unschuld dar. Die Stürme der Zeit sind an diesen Steinbildern nicht ohne Wirkung vorübergegangen. Die beiden Schalen der Waage sind ins Wanken geraten, die eine hängt hoch, während die andere tief nach unten hängt. Der Spiegel der Unschuld ist eingeschlagen. Diese zerfallenen Monumente sind ein Symbol der deutschen republikanischen Gerechtigkeit, die sich seit den Novembertagen als ein Instrument der herrschenden Klasse betätigt. Wir brauchen nur den seit acht Jahren von der deutschen Republik zurückgelegten Weg zu überblicken, um an den zahllosen Grabhügeln ungezählter ermordeter Proletarier ihren offenkundigen Charakter als politische Zwedjustiz der Reaktion zu erkennen. Diese Tatsache wurde erst jetzt wieder durch zwei in Schlesien gefällte Urteile erneut bestätigt.

Am 21. Juni dieses Jahres, einen Tag nach dem Volksentscheid, verurteilten die Hirschberger Geschworenengerichte eine Freudenfeier anlässlich des Sieges der ehemaligen deutschen Fürsten und ihrer Schranzen und Mätressen. Die Arbeiter, denen man beständig erklärt, für ihre dringendsten Bedürfnisse kein Geld zu haben, denen man ihre Löhne reduziert, die Arbeitszeit verlängert, waren über diese Feier des Milliardenraubes begreiflicherweise empört. Das Resultat war ein Zusammenstoß, bei dem es zu Schlägereien kam. Als Folge dieses Ereignisses fanden am 25. November vor dem Hirschberger Schöffengericht 13 Arbeiter (darunter zwei kommunistische Stadtverordnete, zwei rote Frontkämpfer und drei Reichsbannerleute). Aus der Beweisaufnahme ging hervor, daß es die Stahlhelmer auf eine Provokation abgesehen hatten. Das Gericht ging über diesen Tatbestand jedoch hinweg und verurteilte von den 13 Angeklagten 12 zu insgesamt 100 Monate Gefängnis und Zuchthaus. Das Gericht überschritt teilweise weit die Anträge des Staatsanwalts. Dieses ungeheuerliche Urteil empörte die gesamte arbeitende Bevölkerung von Hirschberg und unter ihrem Druck wurden die sofort festgenommenen Arbeiter vorübergehend außer Haft gesetzt werden.

Am 3. Dezember fand endlich die Hauptverhandlung gegen den Stahlhelmann Magiera statt, der den Reichsbannermann Pokorlitz nach dem Volksentscheid auf dem Heimwege erschossen hatte. Die Gerichtsverhandlung wurde zu einem Tribunal gegen den erschossenen sozialdemokratischen Arbeiter „Herr“ Magiera war der unschuldige Mensch dieser Welt, seine Auslagen wurden als unwillkürlich, also als wahr unterstellt, während man den Belästigungszeugen Wille, der dem ganzen Vorgang der Erschießung beizuhilfen, in dem Urteil einfaß der Schwundelei beizuhilfen. Die von Magiera beauftragten Entlastungszeugen brachten natürlich die reine unverschämte Wahrheit. Also war der Getötete schuld, der Täter dagegen ein harmlos Ueberfallener, der nur aus Notwehr handelte, keine unehrenhafte Handlung beging und daher freigesprochen werden mußte. Wenn man dabei berücksichtigt, daß in einer am 12. November stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung der Staatsanwaltsherr Herr Zeyer in einem Zwischenruf freudig erregt konstatierte, daß Magiera „auf der Loffe“ habe, kann rundel sich das Bild ab und die deutsche Justiz steht unverhüllt als ausschließliches Machtinstrument einer Minorität der kapitalistischen Klasse und ihrer Republik gegen das arbeitende Volk vor uns.

Wird es nach all diesen Tatsachen noch einen schließlichen Arbeiter geben, der nicht mit uns der Meinung ist, daß dieser Zustand nicht weiter geduldet werden darf? Wir glauben es nicht. Das Interesse der arbeitenden Arbeiter ist es, erstens einen antikapitalistischen Kampf gegen die Klassenjustiz zu führen.

Zweitens wird es notwendig und international von den Führern der Sozialdemokratie und des Reichsbanners zu sein.

Einberufung der Weltwirtschaftskonferenz

Genf, 8. Dezember. Der Völkerbundsrat hat in seiner heutigen neunten Sitzung die Weltwirtschaftskonferenz auf den 4. Mai 1927 nach Genf einberufen. Präsident wird der Belgier Theunis sein.

Die Völkerbundsaktion

(Fig. Drahtb.) Berlin, 9. Dezember.

In öffentlichen und nicht öffentlichen Sitzungen geht das Völkerbundsgeplätscher weiter. Stresemann und Briand sind erkrankt. Nicht lebensgefährlich, versteht sich. Aber sie bleiben den Sitzungen fern. Wenig, der korruptionsverdächtige Reichliche Außenminister spricht über die Abrüstungskonferenz. Chamberlain mahnt, sich nicht zu übereilen. (!) Vor allen Dingen dürfe kein Termin festgelegt werden. (!) Dann wurde noch über Anleihen an kleine Staaten geredet.

Hinter den Kulissen wird über die deutsche Militärkontrolle beraten. Die Juristen vergleichen eifrig die Texte miteinander. Von französischer Seite wird erklärt, Briand werde an die Frage der Rheinräumung nicht tippen lassen.

Die geb'ah'en Sowjetgranaten

Der großausgezogene Enthüllungsschwindel der SPD-Presse über die angebliche Bewaffnung der Reichswehr durch die Sowjetregierung ist geplatzt. So endgültig geplatzt, daß die SPD-Presse am Mittwoch früh bereits kein Wort über die Sowjetgranaten mehr verlor. Die Stellungnahmen darüber, woher der „Manchester Guardian“ seine Neuigkeiten bezog und in welchen Auftrag er sie veröffentlichte, um dann wieder der SPD-Presse den Vorwand zu bieten, aus einem ausländischen Blatt zitieren zu können, die Feststellung dieses ausgedachten Spiels hat anheimelnd auch in den SPD-Redaktionen nicht gerade sehr angenehm gewirkt. Die Sowjetgranatenkampagne ist zu Ende. Wir warten auf den nächsten Schwindel.

Der Schwindel von den angeblichen Kriegsabichten der Sowjetunion wird im übrigen sogar durch die bürgerliche Presse scharf widerlegt. Die „Frankfurter Zeitung“, wahrlich ein Blatt, dem man weder nationalbolshewistische noch rechtsradikale Tendenzen nachzählen kann, schreibt:

„Sicherlich denkt heute Rußland an keinen Krieg. Es will den Frieden und braucht ihn und alle scharfen Worte Tischlerins gegen England, Rumänien und dessen Entente mit Italien gegen den Völkerbund dienen lediglich dem Zweck, Rußlands internationale Stellung in Europa und Asien zu stärken. Das ist ihm in der Tat in hohem Grade gelungen und die neuerlichen Absprachen mit der Türkei und Persien, wie die ohne offizielles Zutun erreichte Stellung in China, vervollständigen das günstige Bild.“

Die Sowjetunion wird ihre Friedenspolitik inmitten einer Welt innerlich feindlich weiter treiben im Interesse der russischen Arbeiter und Bauern, aber nicht minder im Interesse des gesamten internationalen Proletariats.

Ein neuer Beweis!

Die „englischen“ Enthüllungen aus — Deutschland
Berlin, 8. Dezember. Wie die Telegraphen-Union aus parlamentarischen Kreisen hört, besteht eine weitgehende Übereinstimmung zwischen den von „Manchester Guardian“ veröffentlichten Mitteilungen über den Bau einer Fikale der Zuckersingewerke in Rußland und diesbezüglichen Unterlagen, die Mitgliedern des Hauptauschusses des Reichstages zur Bearbeitung der Angelegenheit vertraulich zur Verfügung gestellt worden sind.

Gewitterwolken über Jugoslabien

(Fig. Drahtb.) Berlin, 9. Dezember.

Nach den letzten Nachrichten aus Jugoslabien ist die Lage dort nach der Demission des Königs Alexander aufs äußerste gespannt. Die Demission erfolgte im Anschluß an den italienisch-serbischen Grenzschutzvertrag. Weiter meldet die „Belgrader Politika“, daß außerdem noch eine Militärr

konvention zwischen Italien und Albanien abgeschlossen sein soll, in der sich Italien verpflichtet, Albanien militärische Hilfe zu leisten, falls das Königreich Albanien, das sich in italienischer Hand befindet, die Unabhängigkeit wiederherstellt.

Wie verwehrt die Stimmung in der italienischen Bevölkerung sein muß, zeigt auch eine Rede Nobiles, in der er erklärte, gegenüber den Bedrohungen des imperialistischen Volkes durch den italienischen Imperialismus müßten Maßnahmen getroffen werden, die die Hilfe Rußlands für die unterdrückten Völker erwidern könnten. Die Durchführung des diplomatischen Geschäfts einer jugoslawischen Regierungskommission durch italienische Zollbeamte in Zara hat dafür gefordert, daß die Stimmung weiter aufs äußerste gespannt bleibt.

Wie man Max Hoels behandelt

Groß-Strehlitz, 8. Dez.

Der Genosse Max Hoels ist infolge wochenlanger Inhaftierung in kalten, feuchten und schmutzigen Zellen an einem äußerst schmerzhaften rheumatischen Leiden und an einer Haarrurzelentzündung erkrankt. Diese Erkrankung ist außerordentlich schmerzhaft, da ein dauernder Juckreiz besteht, der den Kranken Tag und Nacht belästigt, und ihm den Schlaf raubt. Die Haarfrankheit ist schon vor Jahren von einem Breslauer Königspezialisten erkannt worden. Das Erkennen der Krankheit ruht aber dem gequälten Kranken nichts, wenn nicht die Krankheit sachgemäß behandelt wird.

Dem Revolutionär Max Hoels verweigert die Klassenjustiz die Möglichkeit, sich von dieser quälenden Krankheit zu befreien und erhöht dadurch seine Leiden im Zuchthaus. Diese mittelalterliche Folterung von Max Hoels muß aufhören! Die Arbeiter fordern die sofortige sachgemäße ärztliche Behandlung von Max Hoels. Darüber hinaus haben die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses bewiesen, daß Max Hoels zu Unrecht wegen des Mordes an dem Oubseliger Heß verurteilt worden ist.

Kleine politische Nachrichten

Styriens-Maria Regen in von Rumänien? — Bukarest, 8. Dezember. Von ärztlicher Seite wird vorgeschlagen, König Ferdinand in ein Sanatorium nach Frankreich zu bringen. Die Königin Maria soll für die Dauer der Abwesenheit die Regentschaft übernehmen.

Polnische Matrosenmeuterei. — Danzig, 8. Dezember. Im polnischen Hafen von Gdingen verübten 24 polnische Matrosen, die zur Landtruppe verlegt wurden, eine Meuterei. Zwei dazwischen tretende Unteroffiziere wurden durch Messerstiche verletzt. Durch Gendarmen wurden sie schließlich verhaftet.

Bravo, Kanton! — London, 8. Dezember. Der Bericht der „Times“ meldet aus Kanton, vor kurzer Zeit sei ein Katerismus an Offiziere und Unteroffiziere der Kantonarmee ausgebrochen worden, welcher u. a. folgende Fragen und Antworten enthalte: „Wer bist Du? Ein Soldat der roten Armee, der für die Freiheit des Volkes und Sunnansens drei Prinzipien kämpft.“ — „Wer sind Deine Hauptfeinde? Großbritannien und Japan.“ — „Warum? Weil sie die Militäristen des Nordens gegen das Volk unterdrücken.“ — „Was ist Dein Ziel? Die Befreiung der Revolutionen und die Vertreibung aller Imperialisten und aller, die Arbeiter versklaven.“

Amerika anerkennt Tschina und Afrika. — Washington, 6. Dez. Der 50 Jahre alte Streit zwischen Chile und Peru um die Zugehörigkeit des Gebietes Tacna-Arica wird jetzt beigelegt. Entsprechend einem Vorschlag der Vereinigten Staaten, der die Zuerteilung dieses Gebietes an Bolivien (!) gegen eine Entschädigung von Bolivien an Chile und Peru vorsieht. Diese Regelung kommt einer Annexion des strittigen Gebietes durch die Vereinigten Staaten gleich, da Bolivien völlig unter der Kontrolle des nordamerikanischen Imperialismus steht.

Neuer Lohnkampf der Hamburger Hafenarbeiter

Hamburg, 9. Dezember. (Fig. Drahtb.) In der Angelegenheit der Hamburger Hafenarbeiter die bekanntlich das bestehende Lohnabkommen zum 31. Dezember 1926 gekündigt und eine zwanzigprozentige Erhöhung des Schiedsspruches gefordert haben, fanden gestern Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß statt. Der Hafen-Betriebsverein (Unternehmer) lehnte die Forderungen der Hafenarbeiter rüchlos ab. — Da keine Einigung zustande kam, entschieden sich die Parteien, den Schlichter anzurufen, der voraussichtlich am kommenden Montag einen Spruch fällen wird.

Coal, der Führer der englischen Bergarbeiter erklärte auf dem Kongress der britischen Gewerkschaften: „Wir brauchen ihre Erfahrungen und die Lehren von Marx und Lenin, um unsere Schwierigkeiten in England zu überleben.“

Rosa Bergers Wandlung

Der Roman einer Entwicklung / Von Otto Müller Orla

Jedenfalls waren damals dem Korbe Brüche entströmt, die kam er aus einem fernem Lande. Aber nunmehr mußte sie länglich, wie armfelig man eingetaucht habe, obwohl der ganze Wesen des Vaters geopert werden mußte. Aber welche einen Reiz hatte jede: Süte gehabt. Als Kind dachte man noch nicht darüber nach, wie lässlich trotzdem die Ernährung sei und wie viel entbehrt werden müsse; ahnte noch nicht, daß im kapitalistischen Staat für den Besitzlosen jedes Körchen Getreide, jedes Krümchen Brot, jede Frucht und jede Pflanze, die er genessen will, umkrastet ist mit seinem Schweiß und Blut, und dem Arbeiter, der von seinem mühselig erarbeiteten Lohn, seine Nahrungsmittel kaufen will, die Hälfte aus seiner Süte wieder herausgenommen wird, als indirekte Steuern vom Staate und vom Händler als Profit.

Die Kindheit lag nun schon weit hinter ihr, nur die Not war geblieben. Die wohl nicht sorglose, aber immerhin mehr von Frohsinn und unbekümmertem Dasein erfüllte Kindheit war vergangen. Es war alles anders geworden, als die damaligen leichtschwingenden Hoffnungen und Erwartungen, die Zukunft zu zeichnen suchten. Vieles im Leben hatte sich inzwischen als dunkler, härter und rauher erwiesen. Das Kind hatte gleichsam in die Welt wie in einen großen Kuchlein hineingebeißt wollen, aber allmählich war auch ihm begrifflich geworden, daß kein Mensch allein da ist und der Kuchen gegessen werden soll von einer ganzen Menschheit; andere Menschen aber oft anders denken. Nun war sie schon erwachsen, Frau, und vorkleidet schon bald Witwe. O nein, diesen furchtbaren Gedanken trieb sie fort, das war ein fremder, kalter, unheimlicher Begriff, so wie das Töseln selber. Nein, sie mochte nicht mit dieser entsetzlichen Möglichkeit rechnen. Freilich würde sie auf irgendeine Weise vor diesem Geschehen bewahren. Er sei ein kluger und entschlossener Mensch und werde einen Ausweg finden.

den 2. Osterfeiertag abends 1915.

Meine liebe Rosa!

Endlich kannst Du einen Brief bekommen, nachdem ich bislang nur Gelegenheit fand, zwei Karten zu schreiben.

Das war übrigens ein Oster, wie ich es mir trübselig nicht hätte wünschen können. Am Freitag wurden wir in Beisehensbüttel eingeladen und gleich durch Flieger über dem Bahnhofs feindlich begrüßt. Da es schon Abend war, nahmen wir an, es werde im Orte Quartier gemacht und warteten zunächst geduldig. Auch als es dann festlich zu regnen begann, wurde das ruhig hingenommen, in der Hoffnung, bald unter Dach und Fach zu gelangen. Unangenehm verblüfft waren wir erst, als nach einer reichlichen Stunde das Gerüst austauchte, wir hätten noch drei Stunden Marsch vor uns. Die meisten Kameraden hielten das für einen sogenannten Latrinenspruch und hofften noch immer, in Beisehensbüttel einzutreten zu können. Der einzige Offizier, der den Transport leitete, war wie vom Erdboden verschluckt, und die ihm zur Seite stehenden vier Unteroffiziere hatten allem Anschein nach eine Kantine gefunden. So warteten wir geschlagen vier Stunden, die uns zur Qual wurden, nachdem wir vier Tage unter unangenehmen Bedingungen auf der Bahn gelegen und drei Nächte kaum geschlafen hatten.

Aber wir sollten außerdem die größte Strapaze noch vor uns haben, denn wir mußten länger als sechs Stunden unter stürzendem Regen über Felder, durch kriegerisch verwüsteten Wald und über Anhöhen marschieren. Wir wurden nach bis buchstäblich auf die Haut und unlagig müde. Das Depressierendste jedoch war, nicht zu wissen, wohin der Marsch noch gehe und wie lange er anhalten werde. Fast ein jeder der Kameraden befand sich in jämmerlicher Stimmung, keiner sprach mehr ein Wort.

Gegen Mitternacht endlich, als wir auf einem verwüsteten Bergplateau ankamen, wurde Halt gemacht und es hieß: „Wir sind da!“ Wir glaubten es gern, wenn auch keine Unterstände zu entdecken waren. Die Mannschaft wurde neu zusammengeordnet; die Unteroffiziere verteilten sich und der führende Offizier verließ sich, angeblich, um unsere Anwesenheit dem Bataillonsstab zu melden. Wenigstens hatte in der letzten Zeit der Regen nachgelassen und es war sogar mondhell geworden. Wir warteten wieder, ohne die Toten ablegen zu können, beinahe zwei Stunden.

Hier sollten wir noch eine eindrucksvolle Demonstration sehen. Es kamen, sichtbar geworden durch die Beleuchtung des Mondes, eine Reihe von Menschen herauf, die wir für Feinde hielten.

Stöhnen der Verwundeten, denen wahrscheinlich jeder Stein und jedes Wurzelgestrüpp, an das die Räder anließen, neue heftige Schmerzen verursachte. Mir war, als höre ich ein leises furchtbares Echo jenes gewaltigen schaurigen Chores der Schmerzen und der Qual vom Schlachtfeld her. Es war ein Bild, das uns alle, die wir da in quälender Müdigkeit niedergedrückt standen, erschütternd berührte. Manah einer war schon so weit, selbst diesen schwer gequälten und wohl kaum bezweifelbaren Menschen nachzusehen: „Die haben es wenigstens hinter sich.“

Ich sehe, Rosa, solche Eindrücke vermag ich nicht zu beschreiben; das kann nur ein ganz fähiger Künstler. Es ist jedenfalls in solchen Stunden, als ob man vor einer riesigen, furchtbar harter Mauer stünde und durch einen endlosen, unübersehbaren schwarzen Schleier getrennt wäre von der ganzen übrigen lebendigen und wunderbaren Welt. Man steht da vor einer unfassbaren, graubloßen, grauenvollen Tiefe. Ja, es ist, als befände man sich halb lebendig schon in seinem Grab; in einem Grab, das für Millionen Menschen sich geöffnet und geöffnet hat. In einem Raum, der unbegreifliche Dimensionen und übermenschliche Qualen birgt.

Wir waren todsmilde, aber noch nicht tot, und so kam endlich der Offizier, der den Transport in vier Teile abteilen und von Unteroffizieren nach verschiedenen Richtungen hin abmarschieren ließ. Meine Abteilung hatte noch fast eine Stunde zu marschieren bis zu den Unterständen der Kompanie, der wir nunmehr zugeteilt waren. Ich geriet in einen Unterstand, in dem 15 Mann Platz finden, das heißt enganeinander geschichtet liegen sollten. Als wir uns endlich setzten, graste es schon wieder.

Trotzdem wurden wir bereits gegen 7 Uhr geweckt, um eine Stunde später antreten zu müssen. Nachdem wir auch da wieder annähernd zwei Stunden gestanden und gewartet hatten, bis der Herr Kompanieführer erschien, wurden wir neu aufgestellt; und den Gruppen der alten Leute zugeteilt. Sie hatten tatsächlich eine Auffüllung nötig, denn die etatsmäßig auf 120 Mann bestehende Kompanie war auf 34 Mann zusammengeschrumpft.

Wir rissen, wie Du Dir wahrheitsgemäß vorstellen kannst, die Augen weit auf, als es hieß: „Bewegten. Probierst fertig machen und ohne Formstier wieder antreten.“ Waren wir doch ziemlich alle des festen Glaubens gewesen, heute wenigstens ruhen zu können. Aber keine Bohnen. Der Abmarsch erfolgte halb und wir erreichten nach einem dreistündigen Marsch eine große, von drei Seiten mit Wald umgrenzte Wiese, die prominent zum Ortseingang hergerichtet war. Hier wurden wir drei Stunden strahlend geputzt, danach in einer neuen, sehr abgetriebenen und dann wieder von unseren Kameraden angeputzt.

Kampfbeschlüsse des Kongresses der Werktätigen

Der Kampf des werktätigen Volkes Resolution zur politischen Lage

I.

Nach Ablauf eines Jahres der kapitalistischen Nationalisierung stellt der Kongress der Werktätigen als Vertretung aller arbeitenden Schichten Deutschlands fest, daß diese kapitalistische Methode des Wiederaufbaues der Wirtschaft günstige Erfolge nur für die bestehende Klasse gebracht hat, für die arbeitende Klasse hingegen nur Vermehrung ihrer Not und ihres Elends. Steigende Produktion, steigende Preise auf der einen Seite, auf der anderen Seite aber ein ständiges, millionenköpfiges Erwerbslosheer, ein furchtbares Antreibersystem in den Betrieben, sinkende Realloöhne infolge steigender Preise und unerhörter Akkordschinderei, Ruinierung von hunderten Gemeinden, von tausenden kleinen Existenzen durch den rücksichtslosen Stilllegungszug der allmächtigen Trusts und Konzerne, das ist der Erfolg der kapitalistischen Nationalisierung. Solange die Kapitalmagnaten, die nur an möglichst hohen Profitten, daher an hohen Verkaufspreisen bei möglichst niedrigen Produktionskosten interessiert sind, über die Wirtschaft verfügen, ist ein anderes Ergebnis der Nationalisierung nicht zu erwarten.

II.

Bei der steigenden Erziehbildung der Arbeit wäre die Zurückführung des Millionenheeres der Erwerbslosen in den Produktionsprozess unter den Bedingungen des Kapitalismus nur durch eine gewaltige Steigerung der Produktion und des Absatzes möglich. Selbst die ungewöhnliche Konjunktur des englischen Streiks, der den englischen Export von Kohle, Stahl und Eisen für ein halbes Jahr nahezu völlig lahm legte und in den anderen wichtigen Industrien stark einschränkte, hat zwar den Kapitalisten Milliarden-Profit gebracht, hat jedoch die Erwerbslosigkeit nicht unter 1½ bis 2 Millionen herabdrücken können. Solange die Kaufkraft der Arbeiterschaft durch die Massenverwerbslosigkeit und die elenden Löhne, die Kaufkraft des Mittelstandes und der Kleinbauern durch unmäßige Steuern auf ein Mindestmaß eingeschränkt wird, ist eine Erweiterung des inneren Absatzmarktes unmöglich. Die kapitalistische Handelspolitik der Hochschutzzölle und der internationalen Kartelle eröffnet keine Aussicht auf eine beträchtliche Steigerung des Absatzes durch weitere Steigerung der Preise. Im Gegenteil verschärft diese Handelspolitik den Konkurrenzkampf der kapitalistischen Staaten. Nach dem Ende des englischen Streiks ist eine Verschärfung des internationalen Konkurrenzkampfes zu erwarten, die zugleich die imperialistischen Gegensätze verschärfen und die Gefahr eines neuen Weltkrieges vergrößern wird.

III.

Solange das imperialistische System des Kampfes um Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Kapitalanlagegebiete besteht, solange das Wettrennen fortgesetzt wird, können keinerlei Bündnisse und Verträge zwischen den Regierungen den Frieden sichern. Der Völkerverbund ist ein imperialistischer Kriegsbündnis, der seine Mitglieder zu gemeinsamen Kriegshandlungen gegen einen „Friedensstörer“ verpflichtet. Wer den Frieden stört, das bestimmen die Vertreter der imperialistischen Regierungen im Völkerverbund, Kriegsbefehl wie Poincaré, Chamberlain, Mussolini, Brüning. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund bedeutet die Einreihung Deutschlands in das Kriegsbündnis, dessen Spitze gegen den gemeinsamen Feind aller Imperialisten, die Sowjetunion, gerichtet ist, und die Teilnahme an den Raubzügen gegen die Kolonialvölker.

Die Regierung Hindenburg, Marx, Stresemann, Geßler, Brüning treibt trotz aller pazifistischen Reden eine imperialistische Politik - die der Schwäche des deutschen Imperialismus infolge von Entwaflnung, Rheinlandsbesetzung und wirtschaftlicher Kontrolle des Dawes-Planes angepaßt ist. Doch zeigen die geheimen Rüstungen, die verstärkte Propaganda, die wirtschaftlichen Expansionsversuche deutlich die Richtung dieser imperialistischen Außenpolitik. Der Kongress der Werktätigen lenkt die Aufmerksamkeit der arbeitenden Massen insbesondere auf den verbrecherischen Plan, das deutsche Volk als Kanonenfutter für einen Interventionskrieg gegen die Arbeiter- und Bauernmacht, die Sowjetunion, zu verschandern, für Zugeständnisse an der Ostgrenze, für die Polen auf Kosten Litauens und Rußlands schadlos gehalten werden sollte.

IV.

Um die Durchführung des Nationalisierungsraubzuges und die Vorbereitung imperialistischer Abenteuer zu sichern, ist die Bourgeoisie durch ihre Parteien, die letzten Reste der Demokratie zu beseitigen und die Diktatur des Finanzkapitals durch das Rüstische System reaktionärer Gesetze zu befestigen. Die brutale Mißachtung des Massenwillens, der beim Volksentscheid für die Fürstenreue zum Ausdruck kam durch die Regierung Luther im Reich und durch die Regierung Braun in Preußen, die schamlose Vertilgung der Erwerbslosenbeschlüsse des Reichstages durch die Marx-Regierung, diese Tatsachen beweisen, daß die parlamentarische Demokratie nur eine Kulisse der reaktionären Diktatur ist. Dieser Zustand soll gesichert werden durch den völligen Raub des Scheitrefreies, der Presse, Vereins- und Versammlungsfreiheit, durch das System von Verbotsmaßnahmen und die Haftbarmachung der Gewerkschaften, durch das Schund- und Schmutzgesetz, durch die Regenerierung des wilhelminischen Vereinsgesetzes, durch die Regenerierung der Militärdiktatur mit Hilfe von Ausführungsbestimmungen zum Artikel 48 der Verfassung, durch eine Verflechtung des Wahlrechts. Der Kongress der Werktätigen stellt mit Entschiedenheit fest, daß die Führer der SPD, und des ADW, durch ihre gesamte Politik diesen reaktionären Kurs der Bourgeoisie unterstützen und dies im offenen Agendasatz zu den sozialdemokratischen Arbeitern, die immer mehr in die Front des einheitlichen Kampfes gegen die Bourgeoisie sich anschließen.

Der Kongress der Werktätigen erklärt, daß jede offene oder stille Koalition mit dieser reaktionären Regierung und den

Parteien, die sie bilden, einen Verrat an den Interessen der arbeitenden Massen bedeutet. Nur im offenen, entschlossenen, einheitlichen Kampf gegen die Regierung, gegen die kapitalistische Nationalisierung, gegen die Diktatur der Trusts und der Banken können die Forderungen der arbeitenden Massen durchgesetzt, ihre weitere Verlesung verhindert werden.

V.

Die auf dem Kongress der Werktätigen versammelten Vertreter aller Schichten des arbeitenden Volkes erklären, daß eine wirkliche Nationalisierung der Wirtschaft, d. h. ihre vernünftige, planmäßige Gestaltung im Interesse aller Schaffenden nur möglich ist auf sozialistischer Grundlage, unter Leitung und Kontrolle der werktätigen Massen. Der Kongress der Werktätigen fordert daher die Nationalisierung der Banken und Trusts, die Nationalisierung von Grund und Boden zur Sicherung der Existenz der werktätigen Bauern, des gesamten schaffenden Landvolks und der Ernährung der städtischen Bevölkerung, das staatliche Monopol am Außenhandel und am Verkehr.

Nur eine Arbeiter- und Bauernregierung, die sich auf die organisierten, kampfbereiten werktätigen Massen stützt, kann eine Nationalisierung der Wirtschaft im Interesse der Volksmassen durchführen. Nur die sozialistische Nationalisierung bedeutet nicht Vernichtung, sondern Entfaltung der Produktivkräfte, nur durch sie kann der technische Fortschritt aus einem Fluch zu einem Segen für die Menschheit werden. Nur auf sozialistischer Grundlage kann der kapitalistische Konkurrenzkampf zwischen den Nationen überwunden, können die vereinigten Staaten Europas nach den Grundsätzen wirtschaftlicher Solidarität und des uneingeschränkten Selbstbestimmungsrechtes der Völker verwirklicht werden.

VI.

In der Richtung auf dieses Ziel muß der Kampf gegen die kapitalistische Nationalisierung und ihre Folgen ausgenommen und durchgeführt werden. Zunächst ist es notwendig, den Folgen der Nationalisierung entgegenzuwirken durch den organisierten Massenkampf für die Herabsetzung der Arbeitszeit und die Erhöhung der Löhne. Durch die Einführung der 42-Stunden-Woche muß die Arbeitszeit der gewaltig gesteiger-

ten Leistung, dem verschärften Arbeitstempo in den nationalisierten Betrieben angepaßt und die Rückführung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess ermöglicht werden. Mit dem Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit ist der Kampf um angemessene Lohn- und Gehaltsforderungen verbunden, weil die elenden Hungerlöhne den Widerstand der Arbeiterschaft gegen Überstunden und Akkordschinderei lähmen. Jede Überstunde ist ein Verbrechen an den erwerbslosen Klassengenossen.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 50 Prozent, Auszahlung der Unterstützung für alle Erwerbslosen für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit, Abwehr der Erwerbslosenversicherung und des Systems der Lohnklassenstaffelung, diese Erwerbslosenforderungen liegen nicht nur im Interesse der gesamten Arbeiterschaft, sondern auch der Gewerbetreibenden und Kleinbauern, deren Existenz von der Kaufkraft der Arbeitermassen abhängt.

Durch Erhöhung der Besteuern, durch Beschlagnahme des Fürstenraubes können die Mittel für eine ausreichende Unterstützung der Erwerbslosen, Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, für eine angemessene Erhöhung der Sozialrenten, für die Entschädigung der ausgeplünderten Inflationsopfer aufgebracht werden. Steuern und Zölle, durch die die Arbeiter ausgeplündert, Kleinbauern und Gewerbetreibenden erdrückt werden, müssen beseitigt werden.

Auf zum Kampf für den achttündigen Maximal-Arbeitsstag, das ist der Sammelruf, den der Kongress der Werktätigen an das deutsche Proletariat richtet.

Alle diese Forderungen sind durchzusetzen, wenn sich die arbeitenden Massen in Stadt und Land, die Schaffenden in Fabriken, Werkstätten und Büros, die Arbeiter und Bauern, die Angestellten, Beamten und der Mittelstand unter der Führung des revolutionären Proletariats zusammenschließen zum gemeinsamen Kampf gegen die Diktatur der Trusts, gegen den Nationalisierungsraubzug des Kapitals, gegen die wachsende Reaktion, gegen die imperialistische Kriegspolitik der deutschen Bourgeoisie.

Für den Sturz der kapitalistischen Regierung!

Für die Auflösung des Reichstages!

Kampf für die Arbeiter- und Bauernregierung!

Zur Miet- u. Wohnungsfrage

Volksbegehren für die Mieterforderungen

Der Kongress der Werktätigen nahm folgende Resolution an:

Die Wohnungsnot und im Zusammenhang damit das Wohnungselend nimmt in Deutschland immer katastrophalere Formen an. Der vorhandene Mietbetrag von einer Million Wohnungen erhöht sich Jahr für Jahr um weitere 56 000. Dieser Zustand bedeutet eine wachsende schwere gesundheitliche und sittliche Gefährdung der breiten werktätigen Massen und insbesondere ihres Nachwuchses.

Mit der Verschärfung des Wohnungsmangels und des Wohnungselends geht eine ebenso planmäßige wie unerträgliche Steigerung der Mieten sowohl für Wohnungen wie für Gewerberäume einher. Trotz starker Verringerung der auf dem Hausbesitz ruhenden Zinslast ist heute überall in Deutschland die volle Friedensmiete bereits erreicht, zum Teil sogar schon erheblich überschritten. Gleichwohl kündigt schon jetzt das Preussische Wohlfahrtsministerium zum 1. April 1927 die Erhöhung der Wohnungsmieten auf 130 Prozent der Friedensmiete an. Gleichzeitig liefert man auf dem Verordnungswege die Gewerberaummieter der völligen Wucherfreiheit des Hauskapitals aus und entzieht die größeren Wohnungen den Beschränkungen des Wohnungsmangelgesetzes. Das offen eingestandene Ziel der Reichs- und Landesregierungen geht dahin, in Ausführung der Befehle des Haus- und Großkapitals und unbekümmert um die herrschende furchtbare Massennot, die Mieten in den Mietwohnungen so rasch wie möglich auf den Stand der Mieten der sogenannten verbilligten Neubauten in Höhe von etwa 200 Prozent der Friedensmieten hinaufzuschrauben. Diese neue Mieterhöhung soll raschestens hinüberleiten in die völlig freie Wohnungswirtschaft mit ihrer Rentabilitätsmiete, die nach den geltenden Wappreisen und Hypothekenzinssätzen mindestens die fünf-fache Friedensmiete betragen würde.

Hand in Hand mit dieser programmatischen Mietanzwucherung der werktätigen Massen geht weiter gleichzeitig der systematische Abbau aller Mieterschutzbestimmungen. Die am 1. Juli 1926 in Kraft getretene Novelle zum Mieterschutzgesetz hat die Lage der Mieterschaft bereits ungeheuerlich verschlechtert:

Kürzung der Schonfrist bei Zahlungsverzug von zwei Monaten auf einen Monat.

Starke zeitliche Beschränkung der Möglichkeit, die Zwangsraumung durch nachträgliche Zahlung des rückständigen Mietwertes abzuwenden.

Erweiterung des Rechts des Vermieters, Mieter aus ihren Mieträumen zu verdrängen.

Grundsätzliche Verweigerung des angemessenen Ersatzraumes an alle zur Räumung verurteilten Mieter.

Herausnahme aller durch Faltung größerer Wohnungen oder durch Umbau von Gewerberäumen neuentstehenden Wohnungen aus dem allgemeinen Mieterschutz.

Weitere Rechtslosmachung der Untermieter und endlich die verschärfte Aufforderung an die Länder und Gemeinden, von sich aus die weitere Förderung des Mieterschutzes planmäßig zu betreiben, bezelnen ganz klar und eindeutig den Weg, den das Haus- und Großkapital und sein Verwaltungsausschuss, die Reichsregierung zu gehen entschlossen sind.

Das verschlechterte Mieterschutz- und Rechtslosmachungsgesetz

würde zudem nur auf ein einziges Jahr verlängert. Zum 1. April 1927 ist bestimmt mit seiner weiteren Ausdehnung, wenn nicht gar schon mit seiner völligen Aufhebung zu rechnen. Inzwischen locken die Landesregierungen, so in Bremen, Württemberg, Bayern, Thüringen, Mecklenburg und nicht zuletzt in Preußen planmäßig den Schutz der Mieter von Gewerberäumen und Wohnungen, um so den Weg frei zu machen für die völlige Beseitigung der Mieterschutzgesetzgebung und die Wiederherstellung des unbegrenzten Mietwucherrechtes, wie der unbeschränkten Pachtwillkür der Hausbesitzer.

Die den Wohn- und Gewerberaummietern in Deutschland drohenden Gefahren sind ebenso groß wie dringend. Sämtliche bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme arbeiten mehr oder minder offen, aber durchaus zielbewußt an der völligen Rechtslosmachung und Auswucherung der Mieter. Sie sind sämtlich entschlossen, denselben Hausbesitzern, die ihre Hypothekengläubiger laßlos um mehr als drei Viertel ihrer einstigen Goldforderungen geprellt haben, auf deren und der Mieter Kosten unzählige Milliarden Inflationsgewinne zuzuschlagen.

Zur Abwendung der ihnen drohenden schweren wirtschaftlichen, gesundheitlichen und sittlichen Gefahren müssen die deutschen Wohn- und Gewerberaummieter unverzüglich die Durchsetzung folgender Mindestforderungen erzwingen:

1. Eine langjährige Begrenzung der Mieten auf höchstens die Höhe der Friedensmiete bei gleichzeitiger Verbot, die so festgesetzte Miete auf Umwegen durch Sondersteuer der Länder und Gemeinden zu überschreiten. Die hundertprozentige Friedensmiete muß auch gelten für die Neubauten und alle Wohnungen, die seit dem 1. Juli 1918 in irgendeiner Form unter Inanspruchnahme öffentlicher Mittel neu erstellt worden sind.

2. Sicherstellung der dauernden Instandhaltung aller Mieträume und Hausgrundstücke durch Verwendung von 20 v. H. der gezahlten Mieten und Bereitstellung von billigen Instandhaltungsdarlehen unter Mitbestimmung und Kontrolle der Mietervertretungen.

3. Ausbau der Mieterschutzgesetze zu einem sozialen Wohn- und Mietrecht; insbesondere grundsätzliche Gleichstellung der Wohn- und Gewerberäume, Aufhebung des Mietverhältnisses auf Antrag des Vermieters nur im Falle des Vorliegens eines offenbar böswilligen Verschuldens des Mieters, grundsätzliche Zuhilfenahme eines angemessenen Ersatzraumes in jedem Falle einer gerichtlichen Aufhebung eines Mietverhältnisses, Verbot der gewerksmäßigen Vermittlung von Wohnräumen, Sicherstellung eines wirksamen Mitbestimmungs- und Kontrollrechtes der Mietervertretungen in allen Fragen des Mieterschutzes, der Verwaltung und der Instandhaltung von Hausgrundstücken, Nichtstillschließung aller ungescheiterten Vereinbarungen zwischen Mietern und Vermietern und strenge Verankerung aller Mieter und Vermieter, die ungescheiterte Sonderleistungen irgendwelcher Art fordern, annehmen, anbieten oder versprechen.

4. Durchführung eines auf 15 Jahre berechneten Wohnungneubauprogramms mit dem Ziele, neben der Befriedigung des tausenden Neubedarfs an Wohnungen den bestehenden Mangel von rund einer Million Wohnungen durch Neubauten auszugleichen.

5. Finanzierung dieses Wohnungneubauprogramms ohne jede neue Sonderbesteuerung der Mieter oder der Allgemeinheit.

heit durch Auffangung der Milliardengewinne, die den Hausbesitzern aus dem Aufwertungsbeitrag und den fortgesetzten Mieterhöhungen zuwachsen, durch Eintragung einer mit 5 v. H. verzinslichen Reichssicherungsbauhypothek auf die bebauten Grundstücke über 8000 Mark Friedenswert.

6. Verwendung des Zinseszinses dieser Reichssicherungsbauhypotheken zur Sicherstellung von Verbrenten an alte oder erwerbsunfähige Inflationsoffer, zur Gewährung von Mietbeihilfen an zahlungsunfähige Mieter zwecks Erhaltung ihres Wohnrechts und zur Erstellung von Kleinwohnungen bis 100 Quadratmeter Wohnfläche durch Reich, Länder und Gemeinden.

Angeichts der großen Dringlichkeit der Lage ruft der Kongress der Werttätigen die werttätigen Mietermassen in Stadt und Land zum gemeinsamen und entschlossenen Kampf zur Bekämpfung des Mietwunders und der Wohnungsnot auf. Die Mieterorganisationen haben zusammen mit anderen sozialpolitischen Organisationen durch einen Reichsausschuss bereits im Sommer die Vorbereitungen für ein Volksgesetz gegen die wucherischen Mietsteigerungen getroffen. Der Kongress richtet an alle Mieter und Wohnungsgesellen und insbesondere an alle Organisationen, die an einer sozialen Re-

gelung der Miet-, Wohnungs- und Bodenfrage interessiert die dringende Aufforderung, unverzüglich den Kampf um Wahrung ihrer bedrohten Lebensinteressen aufzunehmen und zu diesem Zwecke eine Massenbewegung für das Volksgesetz zur gesetzlichen Erzwingung der vorerwähnten Mindestforderungen in die Wege zu leiten.

Der Kongress der Werttätigen beauftragt den aus seiner Mitte gewählten Ausschuss, sofort die Mieterverbände und alle sonstigen interessierten Organisationen aufzufordern, legt mit aller Beschleunigung die organisatorischen und propagandistischen Voraussetzungen für die erfolgreiche Durchführung eines Volksgesetzes gegen Mietwunder und Wohnungsnot zu schaffen.

Nur der einheitliche geschlossene Kampf aller werttätigen Mieter und Wohnungsgesellen vermag vom deutschen schaffenden Volk noch das drohende Unheil abzuwenden und die Bahn frei zu machen für eine wirksame Verhinderung des Mietwunders und eine erfolgreiche Bekämpfung der Wohnungsnot.

Es lebe der einheitliche Lebenskampf der deutschen Mieter und Wohnungsgesellen!

Es lebe die Einheitsfront aller Werttätigen in Stadt und Land!

Der Kampf gegen die Fürsten geht weiter

Der Kongress der Werttätigen nahm nach einem Referat des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Neubauer über den Kampf gegen den Fürsten am 4. Dezember einstimmig folgende Resolution an:

Drei Milliarden forderten die ehemaligen Fürsten von den arbeitenden und notleidenden Massen des deutschen Volkes. „Keinen Pfennig den Fürsten“, sondern entschädigungslose Enteignung, antworteten einstimmig die Werttätigen. Aber Reichspräsident, Reichsregierung, Reichstag, Landesregierungen und Landesparlamente hielten sich dem Kampf entgegen als Beschützer der Monarchen und Monarchisten. Die kapitalistische Geldsackrepublik offenbarte ihren reaktionären Charakter, indem sie sich mit der monarchistischen Reaktion verbündete; den Massen des ausgebeuteten und unterdrückten arbeitenden Volkes trat die Klasse seiner Ausbeuter und Unterdrücker in geschlossener Front gegenüber.

14 Millionen Wahlberechtigte forderten die entschädigungslose Enteignung der Fürsten. Ueber ihre Forderung gingen Reichsregierung und Reichstag hinweg, ihnen zum Lohn beschloß die bürgerlich-sozialdemokratische Regierung, unter Zustimmung aller bürgerlichen Parteien, unter Mithilfe der sozialdemokratischen Führerschaft, dem Hause der Hohenzollern eine Parafinanz, Güter im Wert von 500 Millionen Mark, und dem deserrierten Exkaiser des Schloß Homburg als Residenz zu schenken.

Der Hohenzollern-Vertrag wurde das Signal für die übrigen raffigierten Fürsten, daß sie ihre schamlosen Forderungen erneuerten, und für die übrigen Landesparlamente, daß auch sie sich zur Durchführung der monarchistischen Wünsche bereit erklärten. Die Regierungen und Parlamente, die sich hartnäckig weigern, die Hungerrenten der Erwerbslosen, Kriegsoffer, Sozial-, Invaliden- und Kleinrentner zu erhöhen, überlassen den Fürsten Hunderte und Tausende von Millionen zur Führung der monarchistischen Propaganda und zur Finanzierung der monarchistischen Umsturzpläne, zum Schmeimen und Fressen.

Die Massen des werttätigen Volkes können ihren Kampf nicht aufgeben; durch die Macht der millionenfachen Einheitsfront aller Ausgebeuteten und Geknechteten muß erzwungen werden, was die Regierungen und Parlamente der Ausbeuter verweigern. Der Kongress der Werttätigen stellt sich voll und ganz hinter die Forderungen entschädigungsloser Enteignung der Fürsten, der Landesverweisung aller Fürsten und ihrer Angehörigen!

Der Kongress ruft die Massen des werttätigen Volkes auf, zur Durchsetzung dieser Forderungen alle Kräfte zu vereinigen. Unser Kampf für die Fürstenteignung geht weiter. Er muß in enger Verbindung mit unseren anderen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Forderungen zum Siege geführt werden. Und dies wird der Sieg des ausgebeuteten und geknechteten Volkes über seine Ausbeuter und Bedrücker sein.

Zu den Steuerfragen

Der Kongress der Werttätigen nahm folgende Resolution an:

Der großkapitalistische Klassencharakter der Hindenburg-Republik tritt nirgends schärfer hervor als in ihrer Steuer-geletzgebung und Lastenverteilung. Dabei erweist sich das Parlament als der beste Schutzwall für die Plünder des Großkapitals, das seine Macht rücksichtslos ausnützt, um den werttätigen Massen in Stadt und Land nicht nur die ungeheuren Kosten für die Erhaltung des Staatsapparates der bürgerlichen Klassenherrschaft, sondern auch noch alle die Lasten, die sich aus dem Dawes-Pakt und dem mörderischen Nationalisierungsversuch ergeben, aufzubürden. Die heucheliche Ausplünderung der wirtschaftlich schwersten Schichten der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Handwerker, Handel- und Gewerbetreibenden und Kleinbauern wurde mitbetrieben durch den Vertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung, die jetzt überall im Lande Steuerdemonstrationen veranstaltet. In ihrer verbrecherischen Suche, sich selbst von jeder ernstlichen Steuerleistung in Reich, Ländern und Gemeinden zu befreien, heigerte die großkapitalistische Reichstagsmehrheit im vollen Bewußtsein der unermesslichen Folgen die Massenverbruchsteuer und Jölle deartia, daß Deutschland nunmehr über die Festsetzung des Dawes-Paktes hinaus noch einen Sondertribut von 500 Millionen Mark an die Entente leisten muß.

Gegenüber der Vorkriegszeit ist das Aufkommen der Massensteuern: Steuerabzug vom Arbeitslohn, Umsatzsteuer, Beförderungsteuer, Jölle, Verbrauchsabgaben und Hauszinssteuer, die fast ausschließlich von den breiten Massen der Werttätigen aufgebracht werden müssen, um das Dreifache gestiegen. Statt der 1,9 Milliarden Steuern der Vorkriegszeit sind jetzt 13 Milliarden aufzubringen, wobei der Anteil der Besitzenden um über die Hälfte zurückging. Sie bekommen aber noch Jahr für Jahr neue Steuerermäßigungen, Steuererlassen, während die Werttätigen unter unerträglichem Steuerlasten leiden.

Ungeachtet dieser Tatsache bereiten Reichs- und Landesregierungen gemeinsam zum Zwecke der weiteren Steuerbegünstigung des Großkapitals für den Finanzvergleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden eine weitere verschärfte Steuerausplünderung der Lohn- und Gehaltsempfänger und der kleinen Einkommensteuerpflichtigen auf dem Wege der Einführung des Aufschlagbruchs der Länder und Gemeinden auf die Einkommensteuer und der Herstellung eines festen Verhältnisses zwischen Einkommen und Realsteuern vor.

Indem der Kongress der Werttätigen diese unerhörte Steuererschleichung der Hindenburg-Republik vor der breiten Öffentlichkeit brandmarkt, erhebt er folgende dringende Forderungen:

Wirtschaftskrise und Massenelend erfordern dringender denn je eine starke Einschränkung der Staatsausgaben; insbesondere:

- 1. Einstellung aller Zahlungen an die ehemaligen Fürstentümer und Gläubiger aller dynastischen Vermögen.
- 2. Streichung der Aufwendungen für den Gewaltapparat der Großbourgeoisie: Reichswehr, Marine, Polizei, Spitzelapparat, Teno, Straßjustiz und Kirche.
- 3. Beseitigung aller einzelstaatlichen Verwaltungen, aller unnötigen Zwischengliederungen und der bürokratischen Schein-

irtschaft durch Schaffung einer einheitlichen Reichsverfassung und Gemeindefeldverwaltung.

4. Aufhebung der Liebesgabenpolitik, Rückzahlung der Zuschüsse und Kreditzinsen, die Finanzkapital, Industrie und Großagrarier in Milliardensummen erhalten haben.

5. Kampf für die Einstellung der Dawes-Zahlungen.

Die Massen des arbeitenden Volkes müssen die ungeheuerlichen, erdrückenden Steuerlasten von sich abwägen und der Kapitalistenklasse antzwingen, indem sie für folgende Maßnahmen kämpfen:

- 1. Beseitigung der Verbrauchssteuern, insbesondere der Steuern auf den Umsatz, auf Bier, Tabak, Zucker, Salz, Leucht- mittel, Zündwaren.
- 2. Aufhebung der Verkehrs- und Beförderungsteuern.
- 3. Beseitigung der Hauszinssteuer zwecks Ermäßigung der Miete.
- 4. Beseitigung der Lohnsteuer; Steuerfreiheit für alle kleinen Einkommen bis zu 3600 M. Schärfer ansteigende Besteuerung der hohen Einkommen, völlige Begsteuerung der großen Einkommen über 100 000 Mark.
- 5. Freilassung der Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern von der Grund- und Gewerbesteuer. Niederlegung ihrer Steuer- standungsbeträge und -nachlässe. — Kampf gegen die Gemeinde- zuschläge, aber für erhöhte Gemeindeanteile an den Reichs- steuern.
- 6. Erhöhung und Staffelung der Körperschaftsteuer unter Freilassung des Kleingewerbes, der Genossenschaften und öffent- lichen Betriebe.
- 7. Wiedereinführung der Sondersteuer auf Dividenden, der Kapitalertragssteuer, der Fusionsteuer und der Vermögenzuwachs- und Börsensteuer.
- 8. Stark progressive Besteuerung der Vermögen, unter Freilassung kleiner Vermögen bis zu 20 000 Mark.
- 9. Erhöhung der Erbschaftsteuer, Wiedereinführung der Nachlasssteuer, Freilassung der kleinen Erbschaften bis zu 20 000 Mark.
- 10. Schwere Bestrafung der Steuerhinterziehung und Steuerfalschungen der Großkapitalisten und Großgrundbesitzer. Rückfälligkeit ihrer Steuerrückstände. Offenlegung der Steuerlisten. Regelmäßige Überprüfung zwecks verschärfter Kontrolle der Steuerleistung. Entschendende Mit- wirkung der Betriebs-, Angestellten-, Landarbeiter-, Klein- bauernbelegten in den Veranlagungs- und Bewertungs- ausschüssen.

Der Kongress fordert die Werttätigen, alle Hand- und Kopf- arbeiter, Kleinbauern, Handel- und Gewerbetreibenden auf, sich eng zusammenzuschließen und den gemeinsamen Kampf gegen den großkapitalistischen Steuerbetrug mit allen zu Gebote stehenden Mitteln aufzunehmen. Dieser Kampf muß geführt werden bis zu der Niederlegung der Herrschaft des Groß- kapitalis und der Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregie- rung, die erst die Staatsmacht rücksichtslos zum Steuerkampf der werttätigen Massen in Stadt und Land gebrauchen wird.

Die Werttätigen

vorlegt von der Bauerndelegation

Der Kongress der Werttätigen nahm folgende Resolution an:

Die Lage der bäuerlichen Klein- und Mittelbetriebe hat sich seit Sommer 1923 fortwährend verschlechtert. Schon in der Zeit der größten Geldentwertung, als die Papiermark noch Zwangszahlungsmittel war, wurden Steuern, Wachten und Bankzinsen in Gold oder Roggenwert erhoben. Für rückständige Steuern wurden riesige Vorzugszinsen angerechnet. Eine Menge hoher Sondersteuern, wie die Rhein- und Ruhrabgabe, die Brotabgabe, die Landabgabe wurden nach den ungeräten Ertragsfähigkeiten des sogenannten Betriebsbeitrags in erster Linie den bäuerlichen Familienbetrieben auferlegt. Zur Stabilisierung der Währung wurde auf jeden Bauernhof eine Zwangshypothek eingetragen, deren Zinsen eine neue Steuerbelastung bedeuten. Bei der Bildung der Rentenbankkreditanstalt im Sommer 1925 wurden diese Grundschulden des Klein- und mittleren Bauern nicht gelöscht, obwohl nur der Großbesitzer einen Vorteil von den Rentenbankkrediten hat.

Doch nicht genug damit. Neben den Reichs- und Staatssteuern belastete die Umfassung der eigenen Verbrauch den bäuerlichen Betrieb jahrelang. Die vielen indirekten Steuern verteuern alle Bedarfsartikel. Durch das Branntweinmonopolgesetz werden die Kleinbäuerlichen Brenner zum Vorteil der großen Schnapsfabriken schwer geschädigt. Dazu kamen hohe und immer höhere Gemeindeforderungen. Das Ausmaß der Belastungen überschreitet seit Jahren die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sogar der bestgestellten bäuerlichen Familienbetriebe.

Unwetterkatastrophen, Hochwasser- und Regenperioden, Seuchen aller Art haben in den letzten Jahren die Verelendung zahlloser Bauernwirtschaften noch beschleunigt. Besonders groß ist die Not der kleinen Winzer, der kleinen Bauernhöfe in den Gebirgsgegenden, der Masse von Kleinbauern mit Pachtland und der Flüchtlingssiedler.

Zu all dem gesellt sich die steigende Ausplünderung durch die großen Kartelle, Trusts und Syndikate der Industrie, durch die wucherischen Zinssätze und Darlehensbedingungen der Banken und Staatskassen. Durch die hohen Zollaufschläge auf alle Industriewaren und Futtermittel, die der Bauer kaufen muß, durch die wucherische Ausnützung der Bodennot bei der Verpachtung von privaten, kirchlichen, staatlichen und Gemeindebesitz, wird die Not noch gesteigert.

Trotz der anziehenden Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse in den letzten Monaten ist von einer Besserung der Lage der kleinen und mittleren Bauernwirtschaften, die nur wenig zu verkaufen haben, nicht zu reden.

Die Dauerarbeitslosigkeit in den Städten verringert noch für den bäuerlichen Familienbetrieb, der den lokalen Markt bedient, die Absatzmöglichkeiten. Durch die Betriebsstilllegungen und Massenentlassungen in der Industrie werden Zehntausende kleiner Bauern des für ihre Erziehung notwendigen industriellen Lebensberufs beraubt und dazu noch wegen ihres geringen Besitzes von jeder Erwerbslosenfürsorge ausgeschlossen. Ein Abwandern der in der Landwirtschaft überflüssigen Söhne und Töchter in die Industrie und das Handwerk ist angesichts des allgemeinen Darniederliegens des Kleingewerbes und der verringerten Arbeiterzahl in der Industrie unmöglich. So wird die Not der Arbeiter zur Not der werttätigen Bauernschaft.

Während die großen Gutsbetriebe mit Hilfe ausgiebiger Staats- und Privatkredite ihre Wirtschaften modernisieren, anstelle menschlicher und tierischer Arbeitskräfte Maschinen verwenden, durch Umstellung auf fabrikmäßige Erzeugung und Veredelungswirtschaft unter dem Schutz hoher Zölle, sowie durch Export mit Hilfe der Einfuhrzölle ihre Einnahmen erhöhen, vermag der bäuerliche Familienbetrieb weder an Arbeitskräften zu sparen, noch Maschinen rentabel zu verwenden oder gar mit der fabrikmäßigen Veredelungsproduktion der Gutsbetriebe Schritt zu halten.

Eine der Folgen unserer Notlage ist der wachsende Bodenhunger in bäuerlichen Kreisen, steigende Nachfrage nach Pachtland und gegenseitiges Hochbieten der Pachtpreise.

Der staatliche Pachtzuschuß ist vollkommen ungenügend.

Auch die von der Reichsregierung im August d. J. angeordneten Steuerermäßigungen haben keine wesentlichen Ersparnisse gebracht. Die alte Ungleichheit in der Festsetzung der Ertragswerte und der Einschätzung der nichtbuchführenden Landwirte ist geblieben. Infolge der Willkür der bürokratischen Finanzämter ist die Steuerbelastung fast in jedem Finanzbezirk verschieden.

Die Notlage der Landgemeinden ist gestiegen. Reich und Staat wälzen die Ausgaben für soziale Fürsorge, Polizei, Schule, Wegebau auf die Gemeinden ab. Die Folgen für den Kleinlandwirt sind untragbare Erhöhungen der Zuschläge und Umlagen, Neueinführung und Vermehrung der Frohndienste, sowie rücksichtslose Zwangsbeiträge rückständiger Steuerbeträge.

Kredite hat der werttätige Bauer entweder gar keine erhalten oder aber als kleiner Darlehensnehmer zu schlechteren Bedingungen als der Großbetrieb. Dazu tritt die Unmöglichkeit und Kostspieligkeit des Verfahrens.

In neuester Zeit lodt man weit und süddeutsche Kleinbauern mit schönen Versprechungen zur Auswanderung nach den stillen Grenzgebieten, wo sie als Grenzschutz gegen das Slaventum verwendet werden sollen. Aber den bisher angelegten Siedlern, insbesondere den deutschen Flüchtlingen aus Polen, geht es infolge der ausbeuterischen Gesplogenheiten der sogenannten gemeinnützigen, in Wirklichkeit aber gemeingefährlichen Siedlungsgesellschaften und des Bürokratismus der Kulturämter noch schlimmer als ihren Berufskollegen im übrigen Deutschland.

Die von Reich und Landesbehörden versprochene Hilfe für die Hochwasserschädigten und die kleinen Winzer war vollkommen ungenügend, und gerade die Kleinsten und Bedrängtesten gingen vollkommen leer aus. Kleine Wächter und Weinger mit einem Hochwasserschaden unter 150 Mark und kleine Winzer mit weniger als 1000 Mark Schaden haben entsprechende amtlichen Anweisungen überhaupt keinen Pfennig erhalten, während die Gutsbesitzer und Großbauern verhältnismäßig reichlich bedacht wurden.

Wenn der werttätige Bauer heute noch auf seiner Scholle sitzt, so nur deshalb, weil er und seine Familie sich bis zum körperlichen Zusammenbruch abarbeiten, auf die einjähri-

Befürsorge verglichen und lieber auf der Höhe zugrunde gehen, als vor den Türen fremder Leute betteln

In voller Bewerlung dieser von den Bauernvertretern aus aller Teilen Deutschlands auf dem Kongress der Werktätigen vorgetragenen Tatsachen und im Erkenntnis der Notwendigkeit eines engen Kampfbündnisses zwischen den Werktätigen der Stadt und des ländlichen Landes, macht sich der Kongress folgende Forderungen der Kleinbauern zu eigen:

1. Niederschlagung aller Steuererhöhdungen aus den Jahren 1924, 1925 und 1926. Anstelle der unserer Notlage nur verschleppenden Steuererhöhungen, muß eine wirksame Herabsetzung der bäuerlichen Steuern und Abgaben treten. Es fordern wir die sofortige Befreiung der ungleichen Ertragsbewertung bei Klein- und Großbetrieb, sowie die maßgebende Heranziehung der klein- und mittelbäuerlichen Vertreter zu allen Steuerkommissionen, Grundvertragsausschüssen u. dgl.

2. Sofortiges Verbot aller Pfändungen und Zwangsvollstreckungen aus Boden und Inventar der bäuerlichen Familienbetriebe infolge rückständiger Steuern. Bei Unfähigkeit zur Zahlung von Nachgeldebern, Wechseln, Schulden, Hypothekenzinsen und vergl. sind Zwangsversteiche herbeizuführen unter weitestgehender Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Schuldners. Bei Entleerung von Land für öffentliche Zwecke (Waldland, Verkehrswege, Flugplätze) Erhaltung der Wirtschaftlichkeit der bäuerlichen Betriebe auf Wunsch durch Anwendung des Grundgesetzes: Boden für Boden, bzw. vollständige Umseblung.

3. Schnellste Beseitigung der bäuerlichen Familienbetriebe mit verbilligten Düngemitteln zur Sicherung einer ausreichenden Düngung des bäuerlichen Acker und unter zinsloser Stundung des Preises bis nach der Ernte.

4. Sofortige Herabsetzung des Zinsfußes für aufgenommenen Hypotheken und Personalschulden. Bei Neuaufnahme von Krediten Auszahlung der Darlehen zum vollen Nennwert an die Darlehensnehmer, evtl. Wöschung der alten unter ungünstigen Bedingungen aufgenommenen Darlehen mit Hilfe von öffentlichen Mitteln.

5. Befreiung der amtlichen Gebühren bei Eintragung und Löschungen im Grundbuch, bei Beschaffung von Unterlagen für Darlehen, bei Einholung von Auskünften, Einreichung von Beschwerden, sowie der Gerichtskosten.

6. An Stelle der ungewissen und beschwerlichen Neubesiedlung im Osten in erster Linie energischer Ausbau der Anliegeriedlung in der Heimat und Sicherung der Existenz der schon angelegten, insbesondere der Flüchtlingssiedler. Zuweisung des bisherigen Pachtlandes an die Kleinpächter zu erschwerten Bedingungen evtl. im Rentenverfahren. Umstellung der Produktion in den Gebirgsgegenden mit ausreichender Staatshilfe. Wo Neubesiedlungen im Osten oder auf Moorflächen und Heide erschlossen werden, sind aus den Bewerbern Siedlergenossenschaften zu bilden, die unter Ausschaltung der heutigen Siedlergenossenschaften mit Hilfe von öffentlichen Zuschüssen und Darlehen den Landkauf und die Errichtung der Siedlerstellen vornehmen. Neubesetzung der Kulturämter mit siedlungsfreundlichen Beamten.

7. Für alle von Elementarschäden und Seuchen, sowie von besonderen Unglücksfällen heimgesuchten bäuerlichen Familienbetriebe sofortige zinslose und langfristige Darlehen, in besonderen Notfällen verlorene Zuschüsse. Zur Feststellung der Schäden und Kontrolle der Kreditverteilung besondere Notkommissionen aus der werktätigen Landbevölkerung.

8. Befreiung des die Gemeinden einengenden und schwerbelastenden Finanzausgleichsgesetzes. Übernahme der bisherigen Kreis- und Gemeindeausgaben für soziale Fürsorge, Polizei, Schule, Wegebau auf den Staat. Weitgehendes Recht der Gemeinden und Kreise durch Steuererhöhung oder Nachschuß der Kleinbesitz zu entlasten und dabei den Großbesitz schärfer heranzuziehen. Ausreichende Unterstützung der armen Gemeinden und Kreise durch einen staatlichen Ausgleichsfonds. Weitgehendes Recht der Kreise und Gemeinden zur Beschaffung von Siedlungs- und Pachtland im Wege der Zwangsenteignung oder Zwangsverpachtung beim Großbesitz.

Lernf aus dem Kampf der englischen Bergarbeiter!

Stellt die internationale Gewerkschaftseinheit her

Der Kongress der Werktätigen nahm einstimmig folgende Entschliebung zum englischen Bergarbeiterkampf an:

Der in Berlin tagende Kongress der Werktätigen Deutschlands sendet den kämpfenden englischen Bergarbeitern brüderliche Kampfgrüße. Im Namen von Millionen deutscher Werktätigen stellt der Kongress fest, daß der Kampfesgeist der englischen Bergarbeiter trotz einer Kampfesdauer von sieben Monaten und unerhörten Entbehrungen, trotz Hunger und Elend nicht gebrochen worden ist. Der Kongress weiß, wenn auch die englischen Bergarbeiter in ihrem Kampf gegen das Grubenkapital diesmal nicht den Sieg davon getragen haben, sie immer wieder bereit sein werden, den Kampf gegen ihre Ausbeuter aufzunehmen.

Wenn dieser heldenhafte Kampf nicht mit dem Siege der Bergarbeiterschaft geendet hat, so tragen daran diejenigen Schuld, die jede aktive internationale Solidarität verhindert haben. Die reformistischen Gewerkschaftsführer Englands wie die der II. Internationale haben in diesem Kampf bewiesen, daß sie nicht gewillt und auch nicht in der Lage sind, Kämpfe von so weittragender Bedeutung wie der englische Bergarbeiterkampf im Interesse der Arbeiterschaft zum Siege zu führen. Sie haben bewiesen, daß sie internationale Solidarität im Munde führen, aber praktisch das nationale Kapital ihres Landes unterstützen.

Die Bergarbeiter Englands und mit ihnen die gesamte Arbeiterschaft der Welt muß aus diesem Kampf die Lehre ziehen, daß unter Führung der Reformisten und nach den Methoden der reformistischen Gewerkschaftspolitik keine Kämpfe der Arbeiterschaft in der gegenwärtigen Periode zu gewinnen sind. Darum muß die Arbeiterschaft dahin arbeiten, den Einfluß und die Führung der Reformisten aus der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu beseitigen.

Die Offensive der Kapitalisten gegen die englischen Bergarbeiter wird fortgesetzt werden gegen die Arbeiterklasse nicht nur in England, sondern in der ganzen Welt. Ungeachtet dieser Tatsache stellt der Kongress der Werktätigen fest, daß der kapitalistischen nur Einhalt zu setzen werden kann, wenn die Arbeiterschaft ihre Einheitsfront ausdehnt über den Namen

Zur Kollage der werktätigen Mittelschichten

Der Kongress der Werktätigen nahm folgende Resolution an:

Im Krisenjahr 1925/26 sind in Deutschland 30.000 ehemalige Werbetreibende aus Handwerk, Industrie und Handel zu Grunde gegangen. 30.000 deutsche Firmen gingen nach Zahlungsinkassierung in Liquidation oder Konkurs. Weitere Zehntausende Werbetreibende gingen lang- und langsam ein, weil mangelnde Masse sogar ein Konkurs nicht mehr möglich war. Hunderttausende Kleingewerbetreibende aller Art, die nicht eingetragen waren, gingen außerdem inzwischen noch zu Grunde, ohne daß die Öffentlichkeit oder eine behördliche Stelle davon Notiz nahm.

Dieser Niedergang der werktätigen Mittelschichten in Stadt und Land ist die direkte Folge des Aufschwungs der kapitalistischen Großbetriebe in Handel und Industrie. Hier wurde buchstäblich wahr, daß die Großen die Kleinen aufressen. Das Großkapital fand dabei durch billige Kredite, Millionenteilegaben und Subventionen der Reichsregierung rücksichtslose Unterstützung. Die großkapitalistische Entwicklung mit ihren Maschinen, ihren Mechanisierungen und Konzentration, ihren Kartellen, Syndikaten, Trusts, ihren Konzernen und Filialbetrieben, ihren Warenhäusern, Kaufhäusern, der Konsumfinanzierung und dem Verkaufsstellenystem der Großunternehmungen läßt für die werktätigen Mittelschichten in Handel und Gewerbe immer weniger Raum.

Daneben leiden die Kleingewerbetreibenden in Stadt und Land unter dem unerhörten Preisdiktat der Kartelle, Syndikate und des Großhandels. Diese zwingen den Kleingewerbetreibenden zu einer Preisgestaltung, die ihm nicht nur die Massenarbeitslosigkeit und der gedrückten Löhne der Arbeiterkraft, also der Masse der Konsumenten, einen für den eigenen Unterhalt ausreichenden Umsatz nicht mehr ermöglichen. Die Preisverteuerung wird noch gesteigert durch die jortgesetzt unerhört in die Höhe getriebenen Verkehrs-, Umsatz- und Verbrauchssteuern aller Art. Andere Steuern, wie Gewerbesteuer, Grund- und Einkommensteuern, bringen dem Kleingewerbe eine so hohe Belastung, daß sie eine direkte Auswucherung der werktätigen Mittelschichten bedeuten. Zölle und Mietpreissteigerungen haben diese Auswucherung im letzten Jahre noch erheblich verschlimmert. In dieser schwierigen Lage haben Zehntausende Kleingewerbetreibende dann durch den Kreditwucher der Banken den letzten vernichtenden Stoß

erhalten. Die Kreditpolitik der Großbanken mit ihren mehrfachen Sicherungsfordernngen, ihren kurzen Kreditschließterminen, ihren schamlosen Provisionen und Kalkulationen, sowie ihren geradezu wucherischen Zinssätzen ist zur Selbstmordpolitik gegenüber den Kleingewerbetreibenden geworden. Nicht nur die vielen Konkurse, sondern auch die Selbstmordchronik, die große Zahl der auf den Arbeitsnachweissen und bei den kommunalen Wohlfahrtsämtern als Unterstühtungsempfänger gemeldeten Gewerbetreibenden zeugen davon.

Der Kongress der Werktätigen fordert gegenüber dieser Vereidung, die die breiten werktätigen Schichten bedroht:

1. Vereidigung von öffentlichen Krediten für das Kleingewerbe durch Reich und Länder, aus denen Beträge nicht über 5000 Mark an den einzelnen Gewerbetreibenden zum niedrigsten Zinssatz langfristig ausgeliehen werden sollen. Die Vereidigung ist mit Hilfe gewählter Kommissionen der Kleingewerbetreibenden durchzuführen.

2. Kampf gegen die verleuernden Verkehrs-, Umsatz- und Verbrauchssteuern aller Art. Kampf der preistreibenden Zollpolitik. Erhöhung der Freigrenze der Einkommensteuern für Kleingewerbetreibende wie für Arbeiter auf 1800 Mark. Freisetzung der Kleingewerbetreibenden von den Gewerbe- und Grundsteuern, Erlaß der gestundeten oder in Zahlungsverzug geratenen Steuerbeträge für das Kleingewerbe.

3. Aufnahme der Kleingewerbetreibenden und ihrer Familienangehörigen in die Sozialfürsorge gegen Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität, sowie deren Einbeziehung in die Erwerbslosen- und Krisenfürsorge.

4. Befreiung der Mietzinssteuer auch für die gewerblichen Mieträume, Aufhebung der Verordnung über die Freisetzung der gewerblichen Mieträume aus der Wohnungswirtschaft.

5. Kampf gegen die Preisdiktatur der Syndikate und Trusts, Kontrolle ihrer Preisbildung durch Betriebsräte und Gewerkschaften unter Hinzuziehung von Vertretern der Gewerbetreibenden.

6. Planmäßige Förderung des genossenschaftlichen Zusammenstufens der Kleingewerbetreibenden für die verschiedenen Berufe zum Zwecke des gemeinsamen Einkaufs und des gemeinsamen Widerstandes gegen die großkapitalistische Kredit- und Preisdiktatur.

Zu den Aufwertungsfragen

Die Geldentwertung, bewußt und planmäßig herbeigeführt, unterhalten und bis zur Reize ausgeschöpft von den Spitzen des Groß- und Finanzkapitals, bedeutete eine ganze Reihe von Jahren hindurch eine schamlose Ausplünderung jeder menschlichen Arbeitskraft, die sich zu ihrer Erhaltung produktiv betätigen muß; daneben zugleich aber auch die ebenso gewissen- wie rücksichtslose Enteignung fast aller kleinen Sparer und Forderungsbesitzer durch das großkapitalistische Freiuntertum. Die nachfolgende Stabilisierung der Währung, erzwungen durch die allgemeine Zurückweisung der Papiermark als Zahlungsmittel, trieb im weiteren Verlauf alle Nöte und Leiden der werktätigen Bevölkerung in Stadt und Land, sowie der um ihre Habe geprellten Sparer und Kleinentner vollends auf die Spitze. Unter dem starken Druck der empörten betrogenen Sparermassen entstand dann jener unerhörte Aufwertungsbeitrag, der die Ausraubung der kleinen Kapitalisten und Forderungsbesitzer gesetzlich sanktionierte und den Raub des Groß- und Finanzkapitals für alle Zukunft legalisierte.

Die Urheber und Träger dieses Aufwertungsbeitrages verkörperten sich in der vom Großkapital eingefesteten und kontrollierten Reichsregierung. Marg-Luther-Stresemann und ihrer Reichstagsmehrheit, die von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen einschließlich hinüberreichte. Das Aufwertungsgefecht steht in schroffem Widerspruch zu den ebenso uner- wie gewissenlosen Wahlversprechungen, die insbesondere die deutschnationalen Volksträger den Millionen der beraubten kleinen Sparer gemacht hatten. Aber auch der Appell der Sparerverbände an den „Gerechtigkeitsstimm“ des Reichspräsidenten Hindenburg, auf den sie ihre letzte Hoffnung gesetzt hatten, verhallte ebenso ungehört, wie ihre Beschwürungen an die Vertreter der kapitalistischen Parteien im Reichstag. Die Annahme und Verleumdung des Raubgesetzes leitete die Empörung der Sparermassen. Als letztes Mittel, ihren berechtigten Forderungen zum Durchbruch zu verhelfen, organisierten sie den Volksentscheid. Doch auch hier wiederum siegte der räuberische Wille des Groß- und Finanzkapitals. Unter offenem Bruch der Reichsverfassung erklärte die Reichsregierung den vorgelegten Beschlüssen der Sparerverbände für ein Nichtigkeitsgefecht und lehnte dessen Zulassung zum Volksbegehren ab.

Der Kongress der Werktätigen protestiert aufs schärfste gegen diesen neuen Rechts- und Verfassungsbruch der Reichsregierung und ihrer Hintermänner. Er wird den doppelt betrogenen kleinen Sparern bei der Bekämpfung dieses neuen

gegen sie verübten Gewaltstreiches jede mögliche Hilfe leisten. Darüber hinaus wird er alle Kräfte einsetzen, um gemeinsam mit den enteigneten Sparermassen folgende soziale Mindestforderungen zu verwirklichen:

1. Gewährung von auskömmlichen Unterhaltsrenten auf Kosten des Reiches an alle über 55 Jahre alten oder kranken oder erwerbsunfähigen Sparer und Kleinentner, die über ausreichende Unterhaltsmittel nicht verfügen.

2. Radikale Wegsteuerung der Milliardengewinne, die die Inflationsmacher und Nugnießer aus der Enteignung der breiten Sparermasse gezogen haben; aus diesen Steuermitteln volle Aufwertung der kleinen Sparbeträge bis zu 5000 Mark.

3. Verhinderung der Realisierung der Milliardeninflationsgewinne, die den Haus- und Grundstücksbesitzern aus der vorzeitigen Lösung ihrer Hypothekenschulden oder aus der 75 bis 80prozentigen Enteignung ihrer Hypothekengläubiger zwangsläufig infolge der volkseindlichen Wohnraus- und Mietpolitik des Großkapitals zu wachsen müssen.

4. Ruchbarmachung und Mobilisierung dieser Milliardeninflationsgewinne der Grundstücksbesitzer zur Finanzierung eines großzügigen Wohnungsbauprogramms zwecks wirksamer Bekämpfung der Wohnungsnot und des Mietwuchers.

5. Rückübertragung aller inflationsverkauften Hausgrundstücke, sofern der dafür gezahlte Kaufpreis nach seinem Goldwert nicht mindestens 25 Prozent des Friedenswertes beträgt.

6. Schutz der enteigneten Sparermassen vor wucherischer Ausbeutung durch die Warenerzeuger und Wohnungs- und Geschäftsräumvermieter auf dem Wege einer gesetzlichen Begrenzung der Mieten und eines rücksichtslosen Kampfes gegen die verbraucherfeindliche Politik des Groß- und Finanzkapitals.

Der Kongress der Werktätigen erachtet es für seine Pflicht, die betrogenen Sparermassen ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß sie den an ihnen verübten Inflationsbetrug nur dann mit Erfolg mildern und sich vor der völligen Entroffelung durch das verbündete Groß- und Hauskapital schützen können, wenn sie sich entschlossen und endgültig loslösen aus der Gefolgschaft der kapitalistischen Parteien, sich rücksichtslos einfügen in die Front aller in ihrer Existenz bedrohten werktätigen Massen in Stadt und Land, gemeinsam mit diesen die Front der kapitalistischen Feinde niederbringen und in Deutschland die Herrschaft der Werktätigen verwirklichen helfen.

Es lebe der gemeinsame Kampf der enteigneten Sparer mit den werktätigen Massen in Stadt und Land!

der einen Industrie und über die nationalen Grenzen des Landes hinaus.

Der Kongress der Werktätigen Deutschlands beabsichtigt darum die Bestrebungen der englischen Bergarbeiter, die Einheitsfront aller Arbeiter der Welt zu schaffen. Er gelobt, alles zu tun, um die internationale Einheitsfront aller Ausbeuteten gegen die Ausbeuter herzustellen.

Neben mit der Arbeitgemeinschaft, die zum internationalen Streikbruch führt!

Her mit der wirklich aktiven Gewerkschaftsinternationale auf dem Boden des „unabhängigen Klassenkampfes!“

Der Hansabundpräsident für neue Steuergelände für das Großkapital

Der Präsident des Hansabundes, Richter, hat im Reichstagspolitischen Organisationsbüro des Bundes über die Steuerfragen gesprochen. Dabei hat er den Weg, die die „Volksliche Zeitung“ nennt, „bemerkenswertem Vorschlag“ als

macht, für 1927 eine „großzügige“ einmalige Steuererleichterung durchzuführen.

Die Kapitalfrakt der öffentlichen Hand läßt es möglich erscheinen für 1927 bei allen Steuerabschlüssen einen einmaligen prozentualen Abzug zu gewähren. Damit könnte der Gesamtverlustrücklage eine einmalige Entlastung um etwa 700 Millionen Mark verschafft werden.

Der Finanzminister Reinkold hat bereits zu Beginn des Finanzjahres dem Großkapital 500 Millionen Mark durch Steuererleichterung gewährt. Jetzt fordert dieser 2 Milliarden Mark.

Der Finanzminister Reinkold ist Demokrat. Der Hansabundpräsident Richter ist Demokrat. Die großkapitalistische-reaktionäre Politik der Demokraten begünstigt sich nicht nur mit Schmutz und Schand.

Sandungverbot gegen den, Kolonial in Cuba. Die Solen, nollat in Havana für die Umstellung bekommen, die neue Gestalt, Sowjetland in Berlin, die auf der Turmseite nach Berlin hier einsteigen soll, an der Sandung in Cuba zu

Obermarkt!

Obermarkt!

Grosser Christkindelmarkt

Täglich bis einschliesslich 24. Dezember 1926

Obermarkt!

Görlitz

Obermarkt!

Gewertlich'shaus - Lichtspiele - Preis au

Heute abend nur 5 und 8 Uhr
Erwerbslose nur bis 5¹/₂ Uhr Ermäßigung

Kreuzzug des Weibes

Die Flucht vor dem Kinde
Im Weiprogramm:
Im Lande der Löwenlöcher - Ufa - Wochenschau
Im Reiche der Geister - Altbayern
Nur für Erwachsene
Erwerbstoie 25 Pfg.
Erwachsene 50 Pfg.

Man beachte den lokalen Teil von gestern und heute

Arbeiter-Sport-Kartell e. V.

Geld

auf Pfänder jeder Art
Leihhaus Süd-West
Zietenstraße 1, I.
Telefon Ing 776.

Billigste Bezugsquelle
für Händler und Hausierer
Textilwaren - Großhandlung
und Wäsche-Fabrik
Singer & Grinpeter
Goldene Radegasse 18

In Stadt
u. Land
weisen wir zuver-
lässigen
**Genossen und
Genossinnen**
gute Verdienstmög-
lichkeiten nach
Schriftliche Offerten
sind zu richten an
Artur Müller
Breslau
Feldstraße 50

Zum Weihnachtsfeste

Alle Artikel zum Backen

Ferner
**Rum / Cognak
Alten Bresl. Korn**

Die billigsten Preise bei bester Qualität.

Herzog & Sohn

Weißstein, Altwasserstr. 11a

Ihre Photographie

unter dem Weihnachtsbaum
1 Dp. 5.-, Brust-, Knie- und ganze Figur
1 großes Bild auf feinem Karton 2.- Mk.
Anne Läufer, Görlitz
Obermarkt 23, 1. Etage
neben Finanzamt
3 Paßbilder, gut retuschiert, 1.50 Mk.

Fahrräder m. Fr.

(Garantie) von 58.- Mark an
Einsatz und Zubehör billigst
Reparaturen sauber und sachgemäß
Robert Bartsch, Breslau, Gellhornstr. 15
im Hofe

Arbeiter-Gesangvereine

In unserm Verlage sind erschienen
Zwei Weihnachtslieder
Komponiert von P. H. Ortman

1. Sonnenwendnacht
(Weise: Stille Nacht)
2. Zur Weihnachtssonnenwende
(Weise: O du fröhliche)

Von G. Kramer für 4stimm. Männerchor,
für 4 Stimm. kleineren, resp. vollbe-etzten ge-
mischten Chor, für 3 resp. 4 Stimm. Frauenchor.

Verlag der freien Sängergemeinschaft Deutschlands
I. V. Paul Mittau Düsseldorf
Siegstr. 15

Um die Bekanntmachung

von Weißstein
An Einzahlung folgender rückständigen
Steuern für Monat November d. J. wird
bis 15. d. Mts. wird hierdurch erinnert.

1. Grundvermögenssteuer
2. Zuschlag als Gemeindesteuer
3. Hauszinssteuer
4. Hundsteuer
5. Getränkesteuer
6. Gewerbesteuer, 3. Vierteljahr
(laut Steuerkarte)
7. Berufs- Schulbeiträge, 1. und 2.
Vierteljahr
8. Krankenkassenbeiträge bis
10. Dezember 1926

Nach fruchtlosem Ablauf dieser Frist
ist zwangsweise Einziehung zu gewärtigen.
Weißstein, den 6. Dezember 1926
**Der Gemeindevorsteher
Sertwig**

Kolonialwaren
Wilhelm Wick
Liebau, Wasserstrasse Nr. 15

Kolonialwaren Traugott Drieschner
Inhaber Max Drieschner
Striegau, Gräbenstrasse 15

Wo kaufen Sie am billigsten?
im Kaufhaus für Monatgarderobe
Breslau, Stockstraße 32, 1. Lab. u. Ring um
Verbrauche Anger
Gebrauchte Wintermäntel von 10 Mk. an
sowie neue Anzüge u. Mäntel, sehr billig
Tappen von 0.25, - von 4.25
Spezialität: Frack- und Smokinganzüge

**Kaufe nur bei den Inserenten
Deiner Zeitung
Die anderen wollen Dein
Geld nicht!**

Jahrbuch 1925/26
für Wirtschaft, Politik und
Arbeiterbewegung
über 1000 Seiten, mehrere hundert
Tabellen, 11 Karten, in Ganzl.
Ladenpreis 15.- Mark

Vorzugspreis
850 M.

Sonderangebot
Ab 1. Januar 1927 gelten die Ladenpreise

Protokoll März 1926
der Konferenz der Erweiterten
Exekutive der Kommunistischen
Internationalen
700 Seiten
Ladenpreis M. 8.- broschiert
Mark 10.- Halbleinen

Vorzugspreis
M. 4.50
M. 3.50 br.

Einzahlungen an alle Literaturstellen, Buchhandlungen und Kolporteurs gegen
Quittung; auf Postcheckkonto Literaturvertrieb G.m.b.H., Berlin Nr. 46369;
durch Postanweisung oder Brief an Literaturvertrieb G.m.b.H., Berlin SW 61, Planufer 17

Auslieferung beginnt spätestens am 30. November 1926

Lieferung nur gegen Vorauszahlung oder Nachnahme

W. parolaten
an Nähmaschinen und
Fahrrädern
werden gut ausge-
führt bei
Oswald Schmidt
Mechaniker
Görlitz, Luisenstr. 20
Bsp. Lände 18.11.

Uhren
aller Art
Optik usw.
Schmuckfächer
zu billigsten Preisen
A. Fischer & Sohn
Wüstegiersdorf

Bis zum Feste
auf alle Artikel bei Barzahlung
10% Rabatt
Reste aller Art neu eingetroffen
Restehaus
Ida Zwiener, Nied.-Hermsdorf
Hauptstr. 29
Kein Laden Kein Laden

Auf Teilzahlung!
Garderobe
für Herren, Damen und Kinder,
Manufaktur- und Laummollwaren,
Wäbel- und Polsterwaren.
J. Bruck, Görlitz
Hospitalstraße 3, part.

Stichen, Krüge, alte Weinleiden, Frost,
Brandwunden, Haemorrhoiden, Aus-
schlag, offene Wunden sowie alle Haut-
schäden heilt schnell und zuverlässig
OSSAN
Zahlreiche Anerkennungen liegen vor.
Diskreter Versand auf Wunsch.
Preis Mk. 3.- v. Dose frei Haus per
Nachnahme. Bei Vorinsendung 30 Pfg.
weniger. Garantiechein liegt jeder
Sendung bei.
Röhren-Apothek, Bremen 19

Alle Arbeiter u. Angestellte decken
ihren Bedarf an
guter und billiger Literatur
in der Arbeiter-Buchhandlung.
Reiche Auswahl in politischen,
wissenschaftl., Kultur- u. Kunst-
Literatur. Prolet. Romane, russ.
Literatur-Verkaufsstelle der Ar-
beiter-Illustrierten, Knüppel usw.
Buchhandlung Görlitz, Lunitz 6
Tel. 2384 Erwin D ngler Tel. 2384

Ein Prüfstein für Qualität ist die allbewährte **4** Zigarette

GAJAG

GAJAG Rot

Geschäftsinhaber von Görlitz!

Vergessen Sie nicht, zu den geschäfts-
freien Sonntagen in der „Arbeiter-Zeitung“
zu inserieren!

Fordern Sie Vertreterbesuch

Telephon 2384

„Arbeiter-Zeitung“, Filialexpedition Görlitz, Lunitz 6

Telephon 2384

Gaststätte zum Altmeister

Friedrich-Wilhelmstr. 61
Ecke Anderssenstrasse 1

Neu eröffnet!

Vobe-Theater
Von Freitag bis Dienstag
täglich 8 Uhr
Hamlet
Mittwoch und Donnerstag
Gastspiel der
Bantominen-Gesellschaft
Matray
Freitag, den 10. 12., 8 Uhr
Hamlet

Thalia-Theater
Von Freitag bis Mittwoch
täglich 8 Uhr
Rose Bernd
Donnerstag, abends 8 Uhr
Tragödie der Jugend
Freitag, den 10. 12., 8 Uhr
Rose Bernd

Schauspielhaus
Operettenbühne
Neue Telefon-Str.
Stephan 30 300
Täglich 8 Uhr
Die
sehenwürdigste
Operette
**„Die Zirkus-
prinzessin“**

**Geigen
Mandolinen**
Laute - Gitarren - Sprech-
maschinen - Schallplatten
Harmonikas - Jazzbands
Nur erstklassige Ware!
Schindler & Co.
Breslau
Schmidestraße 36/38 (am F. chlorbrunnen)
Teilzahlungen!

**Stadttheater
Breslau**
Donnerstag, 8 Uhr
Einmalige Wiederholung
Théâtre paré
La Traviata
Freitag, abends 6 1/2 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie C 8
Der Ring des Nibelungen: Erster Tag
Die Walküre
Sonntag, abends 8 Uhr
Erkaufführung des Weihnachtsmärchens
Der Pappenschuher
Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr
Der Pappenschuher
Sonntag, abends 8 Uhr
Das verfeimte Sagen

**Victoria-
Theater** Tel. R. 2297
Täglich 8 1/4 Uhr
Der
internationale
Wettstreit
um das
**Carl Abs
Memorial!**

Wolljerger
Str. 30 Pf. b. 3. - Wtl.
Mitte Wtl. 48-90 Pf.
Leinwand Wtl. 35 Pf.
b. 1.20 Wtl., Garn
1000 Wtl. 30-70 Pf.
Seifengarn 20 Gramm
10 Pf., Schnürsenkel
100 Paar 2 - bis
8. - Wtl., Hemel-
futter Wtl. 55 Pf.
b. 1.40 Wtl., Gend-
tuch Wtl. 45-50 Pf.,
Watteline Wtl. 2 Wtl.

Arbeiter vom Ohlauer Tor
best. Guern Bedarf an
Milch, Butter, Eier und Käse
im Milchgeschäft
Breslau, Klosterstraße Nr. 90
(Ohlauftieg)

Bekanntmachung.
Pfänder - Versteigerung
am Donnerstag, den 16. Dezember 1926
vormittags 9 Uhr
Rote Scheine bis Nr. 86 000
Weiße Scheine bis Nr. 26 000
Verlängerungen werden nur bis zum
18. d. Mts. angenommen.
Von 15. Dezember mittags 1 Uhr ab
bis zum 17. Dezember mittags 1 Uhr ist
das Leihhaus für Annahme und Ausgabe
von Pfändern geschlossen.
Städtisches Leihhaus
Breslau, Messergasse 9, Ecke Stadgasse

**Vereinigte
Städt. Bühnen**
Intend. Eugen Felder
Beuthen
Freitag
abends 8 Uhr
Gastspiel der
Heilerader Tanzgruppe
Gleiwitz
nachmittags 5 Uhr
Schülervorstellung
zu kleinen Preisen
Freier Kartentausch
Der Walleaschmied
Sam. Oper i. 5 Wtl.
Kindenburg
abends 8 Uhr
Freier Kartentausch
Bühnenvolksbund
Zum ersten Male
Gruppe A u. B
Maria Stuart
Erauerispiel
in 5 Aufzügen

**Berufskleidung
am Wachtplatz**
Breslau 6, Friedr.-Wilhelmstr. 12
Spezialität:
Winterjoppen, Windjacken
Winterwäsche, RFB-Kleidung
Breeches und Hosen aller Art
Eigene Anfertigung
Beste Qualität, billigste Preise

Fritz Glaser
Breslau, Steinauerstraße 20
Mehl, Getreide, Futtermittel
und Kolonialwaren
Telefon Ohle 4743

**Detail und Engros
Bertold Lippert**
Heinrichstraße 16
Tele: Oberstr. 17
Leere Stube
gesucht bei Genossin
im Oberstr. Unter
Schiffre D an die
Exped. d. d. Zeitung

Ernst Seidel, Mechaniker
Görlitz, Demianplatz, Nahe d. Frauenkirche, Tel. 1018
Allerbeste Fabrikate von
Nähmaschinen
Kayser / Naumann / Dürkopp / Adler
Fahrräder
Kayser / Adler / Germania / Phänomen / Dürkopp
Reparaturen und Zubehör.

KAUFT FEINKOSTMARGARINE

BEI ALLEMBAND
frisch gekirnt

TAUSENDE

UNGS!

1/2 Pfd. 50 Pf.

Größter Schläger
Für Händler
3 Wtl. Anzugstoff
oder
3 Wtl. Mantelstoff
haltbare kräftige Ware
in verschied. Farben
150 cm breit nur
4 50 Mark
Luchhaus S. Dombrowski
Breslau, Friedr.-Wilh.-Str. 84

Ernst Seidel, Mechaniker
Görlitz, Demianplatz, Nahe d. Frauenkirche, Tel. 1018
Allerbeste Fabrikate von
Nähmaschinen
Kayser / Naumann / Dürkopp / Adler
Fahrräder
Kayser / Adler / Germania / Phänomen / Dürkopp
Reparaturen und Zubehör.

RFB- u. Partei-Lokal
Gasthaus „Zur Lindenblüte“
Anton Zoudlick
Breslau, Königgräber Straße 10

Gebrüder Grünthal
Gleiwitz, Turmstrasse 3
Herren- u. Knaben-Konfektion

Genossen, Arbeiter vom Ohlauer Tor! Beachtet bei Euren Einkäufen nachstehende Inserenten!

BAIRAM ZIGARETTEN
3, 4, 5, 6 Pfg.
(extra) (die Große)

sind u. bleiben KNORKE

L. PRZEDECKI, Zigarettenfabrik „Sultan“, Breslau 2, Stammhaus gegr. 1860

Schuhwaren
große Auswahl - billige Preise
Hermann Meister
Breslau, Bohrauer Str. 31 gegenüber d. Salvator Kirche
Zigarren / Zigaretten / Tabake
Rudolf Saleck
Dfener Straße 2
Zigarren-Spezial-Haus
engros Tel. R. 3095 detail
G. Gellrich, Tauentzienstr. 167
Arbeiter, kauft im
Schuhhaus „Ohlauer Tor“
Tauentzienstraße 148
Eigene Reparaturwerkstatt

Speisefarctoffeln / Weib'raut
für den Winterbedarf
Obst / Gemüse / Süßfrüchte
Karl Bank
Löschstraße 29
**Gogner's
Schuhwarenhaus**
Tauentzienstraße 178
Schnellbesonl-Anstalt
Brüderstraße 16

Ohlauer Tor
Kaffee / Eis / Kuchen
Nachtigall, Tauentzienstr. 132
ff. Backwaren, Schokoladen, Lebensmittel
F. Müde, Webskystraße 15a
Lebensmittelhaus „Oll“
Ritschner, Tauentzienstr. 153
Paul Rohowski, Klosterstr. 145
Fischwaren und Delikatessen
Kurt Rühl, Vorwerkstraße 73
Fisch- und Räucherwaren
E. Schneider, Klosterstr. 19-21 im Hofe
Seefisch- und Räucherwaren
Wild und Geflügel
Arnold Böhm, Klosterstr. 17

Emma Randel
Damenhüte - Trauerhüte
Klosterstr. 93, Ecke Löschstr.
Warme Wurst
bis 1 Uhr nachts
H. Scholz, Klosterstr. 79
Bäckerei Konditorei
Heinrich Langer
Klosterstraße 139
**Radio-
und Beleuchtungs-Keller**
Vorwerkstraße 29

Bezugsquelle für Lebensmittel
Franz Janocha
Tauentzienstraße 145
Damen- und Herrenfrisör
Hermann Lehmberg
Tauentzienstraße 132
Albert Breilkopi
Rauchfischwaren und Delikatessen
Tauentzienstraße 167
Süßfrucht-Wüllner
Schokoladen / Konditorwaren
Tauentzienstraße 136

„Bismarck-Schokolade“ - gut und billig

RFB- und Partei-Lokal
Peter's Gasthaus, Gr. Tschansch
Jeden Sonntag Tanz
Gute Musik / La Verpflichtung
Telephon Ohle 560

**Groß- und
Klein-Tschansch**

RFB- und Partei-Genossen
Aufst. im
Schuhhaus B. Blütke
P. L. N. S. G. a. n. d.

RFB- und Parteigenossen
Angeh.
Zigarren Zigaretten Spirituosen
bei
Paul Fleischer, Kl.-Tschansch

RFB- und Parteigenossen
Angeh.
Zigarren Zigaretten Spirituosen
bei
Paul Fleischer, Kl.-Tschansch

Verantwortlich: Für den gesamten Inhalt (außer dem örtlichen und obersteilischen Teil): Wilhelm Stewald, Breslau. Für den Görlitzer Teil: Carl Wollay, Görlitz. Für den ober-schlesischen Teil: Arthur Müller, Görlitz. Für die polnische Ausgabe: Arthur Müller, Breslau. - Druck: „Wagner“ Druck- u. Verlagsanstalt, Breslau.